

Einheit und Widerspruch  
Theoretisches und Diskussionsorgan der Partei der Arbeit Österreichs

Heft 10 – Januar 2024

# Impressum

ISSN: Print: 2663-4945 | Online: 2663-4953

Partei der Arbeit Österreichs (PdA)

[pda@parteiderarbeit.at](mailto:pda@parteiderarbeit.at)

[www.parteiderarbeit.at](http://www.parteiderarbeit.at)

Drorygasse 21

1030 Wien

© bei den Autoren

Wien, 2024

Eigenverlag

Herstellung: Frick Kreativbüro & Onlinedruckerei e.K., Krumbach

# Einheit und Widerspruch

---

**Theoretisches und Diskussionsorgan  
der Partei der Arbeit Österreichs (PdA)**

---

**Heft 10 - Januar 2024**

---





# Inhalt

- 7 Editorial  
*Parteivorstand der PdA Österreichs*
- 10 Zehn Jahre Partei der Arbeit Österreichs  
*Tibor Zenker*
- 26 Der Kommunistische Jugendverband Österreichs 1918-1931  
*Lukas Haslwagner*
- 38 Wissenschaft und Arbeiterklasse  
*Autorenkollektiv West: Max Facchin, Franz Holzer, Moritz Pamminger und Nikiforos Schmidt*
- 55 Die Arbeiterklasse wird das Gleichgewicht zwischen Mensch und Natur wiederherstellen und weiterentwickeln  
*Resolution des 5. Parteitages der PdA*
- 74 Heiligenverehrung in der Welt von Juristinnen und Juristen  
*Gerhard Oberkofler*



# Editorial

*Parteivorstand der PdA Österreichs*

Liebe Leserinnen, liebe Leser!

Hiermit liegt die mittlerweile zehnte reguläre Ausgabe des Magazins „Einheit und Widerspruch“ (E&W) vor. Es handelt sich um das Theorie- und Diskussionsorgan der Partei der Arbeit Österreichs (PdA), weswegen die gemeinsame Grundlage der fünf enthaltenen Texte der proletarische Klassenstandpunkt sowie der Marxismus-Leninismus bieten.

Dass beide – Arbeiterklasse und wissenschaftlicher Sozialismus – zusammengeführt werden müssen in der höchsten Form der Klassenorganisation, der marxistisch-leninistischen Partei, markiert eine wesentliche Prämisse des ersten Beitrages. Tibor Zenker reflektiert darin die zehn Jahre seit der Gründung der PdA im Oktober 2013, wobei auch historische Kontinuitäten sowie subjektive wie objektive Vorbedingungen beleuchtet werden. Theoretische, programmatische, organisatorische und praktische Anforderungen an die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse Österreichs sowie deren notwendige Einbindung in die internationale kommunistische Bewegung werden anhand der Realitäten der PdA überprüft. Dadurch werden bisherige Errungenschaften und Defizite der Parteientwicklung und des -aufbaus, aber auch weitere Aufgaben und Perspektiven sichtbar.

Der zweite Text widmet sich der frühen Geschichte der kommunistischen Jugendbewegung in Österreich. Lukas Haslwanter betrachtet hierbei die Entwicklung des Verbandes der kommunistischen Proletarierjugend von dessen Gründung im Oktober 1918 bis zur endgültigen behördlichen Illegalisierung 1931. Ausgehend von der Trennung von der opportunistischen und revisionistischen Sozialdemokratie geht es um den Findungsprozess des jungen KJV in organisatori-

scher, ideologischer und praktischer Hinsicht vor dem Hintergrund der Fraktionskämpfe in der damaligen KPÖ sowie deren schließlicher Bolschewisierung. Die Entwicklung markiert die Herausbildung einer marxistisch-leninistischen Jugendorganisation im Rahmen der Kommunistischen Jugendinternationale.

Das Autorenkollektiv Max Facchin, Franz Holzer, Moritz Pamminer und Nikiforos Schmidt untersucht Charakter, Bedeutung und Funktion der Wissenschaft in Klassengesellschaften. Hierbei geht es vor dem Hintergrund der grundsätzlichen menschlichen Erkenntnisfähigkeit darum, Inhalte und Ziele von Wissenschaft und Forschung zu herrschenden Verhältnissen – Produktions- und Herrschaftsverhältnissen – in Bezug zu bringen und „die Wissenschaft“ als Produktionsmittel einzuordnen. Gegenüber dem Kapitalismus stellen Arbeiterklasse und Sozialismus in entscheidenden Fragen andere Anforderungen an die Wissenschaft. In diesem Feld muss sich die marxistisch-leninistische Partei positionieren.

In weiter Folge wird im vorliegenden Band eine Resolution des 5. Parteitages der PdA dokumentiert. In dieser wird dargelegt, wie sich die marxistisch-leninistische Partei gegenüber Fragen der Ökologie und des humanökologischen Gleichgewichtes orientiert. Die Jagd nach dem kapitalistischen Maximalprofit nimmt keine Rücksicht auf Mensch, Tier und Umwelt, sie entfaltet eine zerstörerische Gewalt, die ernsthafte Probleme schafft, darunter nicht zuletzt den Klimawandel. Der Kapitalismus ist weder in der Lage noch willens, ökologische Probleme zu lösen – sein Horizont eines angeblich „grünen Kapitalismus“ dient wieder nur der Ermöglichung neuer Profite. Es wird am Sozialismus und Kommunismus liegen, Mensch und Natur wieder in Einklang zu bringen, jedoch nicht in einem naiven „romantischen“ Sinn, sondern als bewusste aktive Einwirkung und Entwicklung gemäß gesellschaftlichen Bedürfnissen und neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen sowie technologischen Möglichkeiten.

Gerhard Oberkofler, Universitätsprofessor i.R., nimmt sich im letzten Beitrag anhand der biografischen Darstellung von Thomas Olechowski des Werkes und Wirkens Hans Kelsens (1881-1972) an. Hierbei bedarf eines kritischen Blickes nicht nur auf die Reine Rechtslehre

oder die von Kelsen trotz deutschnationaler Überzeugung entworfene österreichische Bundesverfassung von 1920, sondern auch auf Kelsens Tätigkeiten für das österreichisch-ungarische und US-amerikanische Verteidigungsministerium, die wiederum seine völkerrechtlichen Abwege verdeutlichen. Während nicht zuletzt in Österreich – und nicht nur unter Juristinnen und Juristen – eine regelrechte „Heiligenverehrung“ um Hans Kelsen inszeniert wird und stattfindet, muss man aus marxistischer Sicht seine Positionen und Positionierungen dringend hinterfragen.

Wir wünschen eine gewinnbringende Lektüre und hoffen auf neue Denk- sowie Diskussionsanstöße.

# Zehn Jahre Partei der Arbeit Österreichs

*Tibor Zenker*

Am 12. Oktober 2023 jährte sich der Gründungskongress der Partei der Arbeit Österreichs zum zehnten Mal. Bei Anerkennung des Dezimalsystems verlangt dies einen Rückblick auf das vergangene Jahrzehnt des Parteaufbaus und der Parteienwicklung, um Erreichtes, Misslungenes sowie den Stand der Dinge und die Perspektiven einzuschätzen.

Über 100 Menschen kamen am 12. Oktober 2013 im Haus der Begegnung im Wiener Bezirk Rudolfsheim-Fünfhaus zusammen, um die neue Partei in aller Form aus der Taufe zu heben. Dieser Gründungskonvent, der gleichzeitig der 1. Parteitag war, markierte jedoch nicht die eigentliche Schaffung der PdA, denn diese erfolgte, wie es die österreichische Bürokratie verlangt, per formeller schriftlicher Anmeldung beim Innenministerium, nämlich bereits am 12. Februar 2013. Aber auch hier liegt nicht der Beginn der Geschichte, selbstverständlich muss man noch etliche Jahre zurückgehen, um die historische Dimension darzustellen.

## **Historische und ideologische Grundlagen**

Man könnte, wie es die Gründungserklärung der PdA tut, sogar sehr weit ausholen: Sie verweist auf die Meilensteine der österreichischen Arbeiterbewegung, auf die Gründung der damals marxistischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP) 1888/89 in Hainfeld, auf die Gründung der Kommunistischen Partei Österreichs (KPÖ) im Herbst 1918, aber auch auf wichtige Kämpfe wie den Jännerstreik 1918, die Februarkämpfe 1934 oder den antifaschistischen und nationalen Freiheitskampf 1933/34-1945 bzw. 1938-1945.

Auch im internationalen Rahmen ist die PdA die eigentliche Erbin und die Fortführerin der revolutionären Arbeiterbewegung auf Basis des wissenschaftlichen Sozialismus. Sie bezieht sich auf den Bund der Kommunisten und das „Kommunistische Manifest“ von Karl Marx und Friedrich Engels (1848), auf die Erste Internationale (Internationale Arbeiterassoziation, IAA, 1864-1876) und die Pariser Kommune (1871), auf die Gründung (1889) und die früheren Jahre der II. Internationale, v.a. aber natürlich auf die III., die Kommunistische Internationale (Komintern), die 1919 auf Initiative Lenins und unter Beteiligung der jungen KPÖ geschaffen wurde.

Unmittelbar davor liegt die Spaltung der Arbeiterbewegung, initiiert durch den Revisionismus in den 1890er Jahren, forciert durch den imperialistischen Krieg 1914-1918. Die Bewegung teilte sich in einen revisionistisch-reformistischen, gegenrevolutionären Teil, nämlich die Sozialdemokratie, und einen revolutionären Teil, der sich nicht zuletzt an der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution in Russland 1917 orientierte und aus dem die Internationale Kommunistische Bewegung (IKB) hervorgehen sollte – dies gelang insbesondere durch die Bolschewisierung der Komintern-Mitglieder sowie durch die gemeinsame Grundlage des Marxismus-Leninismus. In dieser Tradition und Entwicklungslinie steht die PdA – und dies als einzige Partei in Österreich.

Es erübrigt sich an dieser Stelle, genauer auf den Verrat und die Verlotterung der österreichischen Sozialdemokratie einzugehen. Die SDAP hatte nach Hainfeld ihre Erfolge vorzuweisen, doch auch eine stetige ideologische Abwärts- und Rechtsentwicklung, die mit dem Wiener Programm von 1901 feststand. Sie hatte in aller inneren Folgerichtigkeit 1914 dem imperialistischen Krieg nichts entgegenzusetzen, sie rettete 1918 die österreichische Bourgeoisie vor der sozialistischen Revolution, sie erfand den „Austromarxismus“ als revisionistische Lebenslüge und kapitulierte vor dem Faschismus. Seit 1945 ist die SPÖ, wie sie hernach hieß, fest einzementiert in die bürgerlich-kapitalistischen Strukturen Österreichs, sie ist gemeinsam mit der Gewerkschaftsführung und über die „Sozialpartnerschaft“ die soziale Hauptstütze des Kapitalismus und selbst Teilhaberin des staatsmonopolistischen Systems. Die SPÖ ist eine bürgerliche, eine kapitalistische Partei, eine Partei des Antisozialismus und Antikommunismus, die nur aus PR-Gründen mitunter einen Klas-

senstandpunkt und Sozialreformismus vorgibt. Und wer formell an ihrer Spitze steht, tut hierbei übrigens überhaupt nichts zur Sache.

### **Die Gründung der KPÖ (1918)**

Es war daher 1918 richtig und notwendig, die KPÖ als wahre marxistische und revolutionäre Kampfpartei der Arbeiterklasse zu gründen, auch wenn die Bedingungen teilweise höchst ungünstig waren. Insofern war es auch schwierig für die KPÖ, in der Ersten Republik der SDAP etwas entgegenzusetzen. Erst mit dem offensichtlichen Scheitern des „Austromarxismus“ und dem Verrat der SDAP-Führung an der Arbeitersache gewann die KPÖ mehr Einfluss und wurde sogar zur wichtigsten Säule des antifaschistischen und antideutschen Widerstandes bis 1945. Doch man hat es ihr nicht gedankt: Die SPÖ verbündete sich 1945 mit der ÖVP, um jede volksdemokratische, gar sozialistische Umwälzung zu unterbinden. Die Niederschlagung des Oktoberstreiks 1950 und die Lüge des kommunistischen Putschversuches sind Ausdruck dessen. Die ehrenvolle und kämpferische Geschichte und ihre Verdienste um die Arbeiterklasse und das Land kann man der KPÖ jener Zeit jedoch nicht nehmen.

Vor dem Hintergrund der Westanbindung Österreichs und des Antikommunismus als Staatsraison wurde die KPÖ als Mitbegründerin der Zweiten Republik kontinuierlich ausgegrenzt und geschwächt. Im Inneren muss man ihr jedoch eine ideologische Stabilität attestieren, die in der IKB damals nicht selbstverständlich war. In der zweiten Hälfte der 1960er Jahre wehrte sich die Mitgliedschaft erfolgreich gegen den modernen Revisionismus und blieb auf marxistisch-leninistischem Kurs, in den 1970er Jahren gegen den Eurokommunismus, in den 1980er Jahren legte die KPÖ letztmals ein im Wesentlichen marxistisch-leninistisches Parteiprogramm vor. Selbst als zu Beginn der 1990er Jahre und im Gefolge der Konterrevolution in der UdSSR und Osteuropa auch die KPÖ liquidiert werden sollte, konnte dies nochmals abgewehrt werden. Trotzdem hatte das letzte Gefecht um den Charakter der KPÖ bereits begonnen.

## Der Kampf um den Charakter der KPÖ

Im Parteiapparat setzte sich eine Gruppe fest, die die KPÖ in eine ideologisch beliebige, linkspluralistische Partei verwandeln wollte, die ebenso antikommunistisch wie gegen den Marxismus-Leninismus gerichtet war. Nach der Jahrtausendwende spitzte sich diese innerparteiliche Auseinandersetzung endgültig zu. In der Linksopposition bildete sich die „Kommunistische Initiative zur Erneuerung der KPÖ“, der marxistisch-leninistische, aber auch zentristische Kräfte angehörten. Am Parteitag 2003 forderte sie die rechtsopportunistische Parteiführung heraus, in allen wichtigen Personalfragen gab es Kampfabstimmungen. Die beiden Lager waren quantitativ in etwa gleichauf, mit leichten Vorteilen für die Linksopposition. Die Schlüsselrolle kam in dieser Situation der Führung der mächtigen KPÖ Steiermark zu – sie entschied sich allerdings, die Linksopposition zu verraten, ihren Vorsitzkandidaten nicht zu unterstützen und auf diese Weise die Rechtsopportunisten an der Macht zu halten.

Damit war das Schicksal der KPÖ indirekt bereits entschieden, denn die einmalige Chance zur kommunistischen Erneuerung blieb aufgrund des schwer nachvollziehbaren Verhaltens der steirischen Landesführung ungenutzt. Und eine solche Möglichkeit ließ sich der rechte Machtapparat freilich nicht entgehen: Mit administrativen, undemokratischen Mitteln wurden Fakten geschaffen, missliebige Landes- und Bezirksorganisationen aufgelöst, aufmüpfige Mitglieder ausgeschlossen und manche Kritiker sogar vor bürgerliche Gerichte gezerrt. Die Linksopposition war damit zerschlagen, nur die KPÖ Steiermark, die dieser vermeintlich angehörte, blieb natürlich ungeschoren, nachdem sie der Bundespartei im letzten Moment die Haut gerettet hatte. Mit dem bürokratischen Nachfolgeparteitag 2004 war der Kampf um die KPÖ verloren, dazwischen stand noch ihr Beitritt zur linkssozialdemokratischen EU-Linkspartei, womit die KPÖ – trotz des beibehaltenen Namens – aus den Reihen der kommunistischen und Arbeiterparteien der Welt ausschied. Seither hat sich der Prozess der Sozialdemokratisierung der KPÖ fortgesetzt und verstärkt, sowohl auf Bundesebene wie in der Steiermark, aber auch im internationalen Rahmen.

### **Die Kommunistische Initiative (2005-2013)**

Eine Weiterarbeit der marxistisch-leninistischen Kräfte in der KPÖ war zur Jahreswende 2004/05 endgültig faktisch verunmöglicht, aber auch zwecklos. Viele waren ohnedies ausgeschlossen worden, andere traten selbst aus. Sie organisierten sich daher unter Führung Otto Bruckners zu Jahresbeginn 2005 in der Kommunistischen Initiative (KI), die bewusst als vorläufige Sammlungsbewegung verstanden wurde. Die Aufgabe der KI war es, zunächst die verbliebenen marxistisch-leninistischen Kräfte zusammenzufassen, in weiterer Folge ging es um die Schaffung von Bedingungen, auf deren Basis die Neugründung der marxistisch-leninistischen Kampfpartei der österreichischen Arbeiterklasse möglich wäre. Es dauerte sechs Jahre, bis sich die KI dazu in der Lage sah, diesen Hauptzweck in aller Form zu erfüllen.

In den Jahren 2011 bis 2013 ging die KI daran, die Parteigründung vorzubereiten. Auf Konferenzen, Symposien und Vorträgen wurde diskutiert, welche die Anforderungen an die neue Partei sein sollten. Man befasste sich eingehend mit dem marxistisch-leninistischen Parteiverständnis, mit den historischen Lehren der IKB, mit dem demokratischen Zentralismus oder dem Wesen der Parteiarbeit und der Organisationspolitik, aber auch mit den konkreten subjektiven und objektiven Voraussetzungen in der Arbeiterklasse und im Land. Viele der gewonnenen Erkenntnisse sind in dem Buch „Über die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse – Ein Parteibuch“ (2013) zusammengetragen worden.

Danach wurde es auf dieser Basis konkreter: Es wurde ein Statut für die künftige Partei entworfen, aber auch ein Programm, das auf der Höhe der Zeit stehen sollte. Beide waren grundlegende Voraussetzungen und zentrale Dokumente für den Gründungsparteitag im Oktober 2013. Daher mussten sie auch entsprechend diskutiert werden, bis sie ihre Aufgaben erfüllen konnten. Daneben benötigte die neue Partei auch einen Namen. Dass man sich auf „Partei der Arbeit Österreichs“ einigte, hat natürlich nichts mit irgendeiner Abkehr vom Kommunismus zu tun, sondern mit dem Bestreben, nicht mit der verlotterten KPÖ verwechselt zu werden. Auch hier gilt: Es kommt nicht auf die Bezeichnung, sondern auf den Inhalt an – das gilt sowohl für die PdA wie für die damalige und heutige KPÖ.

## **Gründung und Programm der PdA**

Am 12. Oktober 2013 war es so weit: Der Gründungsparteitag konnte durchgeführt werden. Neben dem beschlossenen Statut, das getragen vom demokratischen Zentralismus die innere Ordnung, Struktur und Arbeitsweise der PdA festlegte, war die Verabschiedung der „Gründungs- und Grundsatzerklärung der Partei der Arbeit Österreichs“ das zentrale Ereignis der Versammlung im 15. Wiener Gemeindebezirk. Dieses Dokument hatte einen Doppelcharakter: Es enthält im ersten Abschnitt nach der Präambel, die die Notwendigkeit der Gründung herleitet, den eigentlichen Gründungsakt, der mit dem Beschluss der Erklärung wirksam wurde, aber auch die grundlegenden programmatischen Positionierungen der PdA. Diese Grundsätze bilden bis heute das Parteiprogramm der PdA – und dies auf marxistisch-leninistischer Basis.

Die Grundsätze definieren zunächst die PdA in ihrem Selbstverständnis: Sie wird in 13 Artikeln als Partei der Arbeiterklasse, als antikapitalistische Partei, als revolutionäre Partei des Klassenkampfes, als sozialistische und kommunistische Partei, als antiimperialistische, österreichische und internationalistische Partei, als antifaschistische und antimilitaristische Partei, als emanzipatorische, ökologische und demokratische Partei sowie als marxistisch-leninistische Partei charakterisiert.

Im dritten Abschnitt werden die Ziele der PdA dargelegt: Die sozialistische Revolution und der Aufbau des Sozialismus in Österreich, die weltweite Überwindung des Kapitalismus, die Befreiung der Arbeiterklasse, die Gleichheit und die geschwisterliche Gemeinschaft der Menschen, die demokratische Herrschaft der organisierten Arbeiterklasse, die Überführung des kapitalistischen Privateigentums an den Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum. Dies sind die Leitlinien des Sozialismus, aber auch des proletarischen Klassenkampfes für Verbesserungen im Rahmen des Kapitalismus – bei klarer Gewichtung.

Der vierte Abschnitt benennt Funktionen und Aufgaben der PdA: Aufklärung, Mobilisierung und Organisation der Arbeiterklasse, die Verbindung mit den Massen und die Bewusstseinsbildung, der Kampf für Reformen und in bürgerlichen Institutionen, Bündnispolitik, Festlegung von Strategie und Taktik – alles in Bezug auf die historische Hauptauf-

gabe des Kampfes für und um den Sozialismus. Der fünfte Abschnitt schließt sodann mit einem Aufruf zum organisierten revolutionären Kampf, zur Mitarbeit und Zusammenarbeit sowie dem Slogan: Arbeiterinnen und Arbeiter aller Länder und unterdrückte Völker, vereint euch!

Es mag sein, dass man nach zehn Jahren vielleicht die eine oder andere Formulierung der programmatischen Grundsätze schärfen oder verbessern, vielleicht sogar ein wenig zurechtrücken wollen würde, aber in seiner Gesamtheit handelt es sich um ein richtiges und taugliches Parteiprogramm der marxistisch-leninistischen Partei der österreichischen Arbeiterklasse, das sich ganz in Lenins Sinne sowohl vom Reformismus und Revisionismus als auch vom „linken Radikalismus“ abgrenzt.

### **Notwendigkeiten der Parteientwicklung**

Ohne revolutionäre Theorie könne es keine revolutionäre Bewegung geben, schrieb Lenin, weswegen die programmatischen Grundsätze das Rückgrat der PdA bilden. Aber bloße Deklarationen und innere Diskussionen reichen natürlich nicht aus, die Parteientwicklung verlangt auch strukturelle und praktische Gegebenheiten und Fortschritte. Zu diesen zählen eine zentrale Leitung, ein organisatorisches Zentrum, Grundstrukturen sowie Parteimedien.

Die zentrale Leitung der PdA bildet der Parteivorstand als höchste Instanz zwischen den Parteitag. Er ist ein Kollektivorgan, in dem ungeachtet dessen die notwendigen Funktionen persönlichen Verantwortlichkeiten zugeordnet sind. Als organisatorisches Zentrum nach innen und außen fungiert das Sekretariat, das ein Ausschuss und ein Werkzeug des Parteivorstandes und daher diesem gegenüber verantwortlich ist. Aufgrund der limitierten Ressourcen der PdA liegt im Bereich des Sekretariats nur eine Annäherung an die eigentliche Zielsetzung vor, die natürlich nur mit hauptamtlichen Funktionärinnen und Funktionären und daher entsprechenden finanziellen Mitteln erreichbar wäre, nämlich ein tatsächlicher Apparat, der in jedweder Hinsicht das „Tagesgeschäft“ umsetzen könnte. Trotz aller Schwierigkeiten hat sich hier inzwischen aber eine Arbeitsweise herausgebildet, die aus den gegebenen Möglichkeiten das Beste

macht. Es liegt jedoch auf der Hand, dass gerade in diesem Bereich mit dem Wachstum der Partei weitere Fortschritte notwendig sein werden.

Die Basisstrukturen der PdA bilden die Grundorganisationen, die bislang nach regionalen Kriterien eingerichtet wurden. Diese fassen die Mitglieder vor Ort zusammen, sie führen die Beschlüsse des Parteivorstandes aus und legen in ihren Mitgliederversammlungen eigene Vorhaben und Aktivitäten fest. Die Grundorganisationen wirken hierbei nach innen als Kernelemente der innerparteilichen Demokratie, aber sie müssen auch die Verbindung nach „außen“, zur Arbeiterklasse und zur Bevölkerung darstellen. Gegenwärtig verfügt die PdA über sieben Grundorganisationen, in einzelnen Bundesländern (und im Ausland) sind die Mitglieder nicht zuletzt aufgrund räumlicher Gegebenheiten noch nicht als Kollektive organisiert.

## **Parteimedien**

Von zentraler Wichtigkeit sind die Parteimedien, was über die Selbstverständlichkeit einer Partei-Website natürlich deutlich hinausgeht. Die PdA hat von Beginn an als ihr Zentralorgan die „ArbeiterInnen-Zeitung“ (AZ) in gedruckter Form herausgegeben. Neben der internen Funktion als kollektiver Organisator fungiert das regelmäßig erscheinende Zentralorgan als Agitator. Hierfür ist es notwendig, in kompakter und verständlicher Form wichtige Themen und Positionen der Partei zu präsentieren und die Zeitung auch so gut wie möglich „unters Volk“ zu bringen. Die PdA hat sich bewusst dafür entschieden, ihre Zeitung gratis zu verteilen, was einerseits entsprechende finanzielle Mittel sowie andererseits Aktivitäten der Grundorganisationen erfordert. Für die inhaltliche und praktische Erstellung des Zentralorgans trägt der Parteivorstand die Verantwortung. Nach dem 4. Parteitag erfolgte ein Restart des Zentralorgans, nicht nur in einem passenderen Format, sondern auch unter einem neuen Namen: Zeitung der Arbeit (ZdA).

Gleichzeitig begann man mit den Vorbereitungen für den Betrieb einer eigenständigen Online-Ausgabe der ZdA (ZdA-Online). Diese ist seit Frühjahr 2020 im Netz, wird mehrmals täglich aktualisiert und verfügt inzwischen über ein Archiv mit über fünftausend Artikeln zu allen wich-

tigen Bereichen. Die ZdA-Online ist eine große Herausforderung, da alle Redakteurinnen und Redakteure unbezahlt und neben ihrem Brotberuf tätig sind. Vor diesem Hintergrund kann man mit der bisherigen Entwicklung durchaus zufrieden sein: Die Zugriffszahlen sind (sogar über Österreich hinaus) ansehnlich, die Rückmeldungen sind positiv, die Arbeit wird anerkannt, etwaige Fehler und Rückschläge werden analysiert. Gerade aufgrund der knappen Ressourcen muss man aber auch über entsprechende Unzulänglichkeiten, über mangelnde Professionalität und Qualität sprechen. Das bedeutet, Verbesserungen sind nicht nur möglich, sondern unbedingt notwendig. Nichtsdestotrotz stellt der eingeschlagene Weg eine bedeutende Errungenschaft der Parteiarbeit dar.

Neben der Online-Zeitung gilt generell, dass in den vergangenen Jahren die Aktivitäten im Netz optimiert wurden. Die Social Media-Auftritte, die zuvor teilweise brachlagen, konnten ausgeweitet werden, wenngleich unterschiedliche Kanäle und Formate auch unterschiedliche Bedeutung erreichen. Offenkundige Mängel in Qualität und Kontrolle, die hin und wieder zum Vorschein kommen, müssen behoben werden. Insgesamt ist festzuhalten, dass die Online- und SM-Aktivitäten der Partei unerlässlich sind, aber keinesfalls unsere Printprodukte und damit verbundene direkte Kontakte ersetzen können.

Mit dem Magazin „Einheit & Widerspruch“ (E&W) gibt die PdA auch ein Theorieorgan heraus. Die E&W hatte ihre Ups und Downs in ihrer Entwicklung, ihre regelmäßige Publikation ist in jedem Fall aber eine unbedingte Notwendigkeit für eine marxistisch-leninistische Partei. In den vergangenen zehn Jahren sind eine Reihe bedeutender Artikel und Diskussionsbeiträge erschienen, die ihre Innen- und Außenwirkung hatten und haben.

Zu guter Letzt bemüht sich die PdA inzwischen auch verstärkt um die Bereitstellung fremdsprachiger Informationen, wofür v.a. die „Solidnet“-Webseite der kommunistischen und Arbeiterparteien der Welt dient. Hier sind hunderte Stellungnahmen, Berichte und Presseerklärungen der PdA nicht nur in englischer Sprache, sondern z.T. auch in französischer, italienischer, spanischer und russischer Sprache erschienen.

## **Internationale Beziehungen der PdA**

Die PdA war von Beginn an als Partei des Internationalismus konzipiert – und diese Ausrichtung konnte sie auch weitgehend erfüllen. Bereits beim Gründungsparteitag waren neben der kubanischen Botschaft drei befreundete ausländische Parteien präsent.

Seither sind verschiedene bilaterale Beziehungen mit Schwesterparteien vertieft worden. Dies betrifft u.a. den regelmäßigen politischen und ideologischen Austausch, gemeinsame Stellungnahmen und Veranstaltungen, wechselseitige Delegationsbesuche, Berichte und Interviews in den Parteimedien, aber schlichtweg auch die übliche Korrespondenzfähigkeit. Der Parteivorstand hat zu diesen Zwecken eine Internationale Kommission eingerichtet, die ihre Aufgaben gewissenhaft ausführt.

Bereits mit dem Gründungskongress war die PdA Mitglied der Initiative kommunistischer und Arbeiterparteien Europas (Europäische Kommunistische Initiative), die maßgeblich von der Kommunistischen Partei Griechenlands (KKE) ins Leben gerufen wurde. In dieser sammelten sich auf Basis einer gemeinsamen Gründungserklärung jene kommunistischen Parteien, die eine Anti-EU-Ausrichtung unterhalten. Die PdA hat seit 2013 an den jährlichen Generalversammlungen sowie sonstigen Konferenzen teilgenommen, seit 2020 ist sie auch Mitglied im leitenden Sekretariat der Initiative. Danach hat sich jedoch vermehrt gezeigt, dass nicht alle 30 EKI-Mitglieder so homogen und zweifelfrei marxistisch-leninistisch sind, wie es wünschenswert wäre, was sich nicht zuletzt anhand des Ukrainekrieges manifestierte. Aufgrund gravierender Differenzen und daraus resultierender mangelnder Handlungsfähigkeit wurde die EKI daher im September 2023 aufgelöst. An ihre Stelle wird absehbar zweifellos eine neue und bessere europäische Struktur der marxistisch-leninistischen Parteien treten, unter aktiver Mithilfe auch der PdA.

Seit 2017 nimmt die PdA an den Internationalen Treffen der kommunistischen und Arbeiterparteien (IMCWP) der Welt teil und gehört zur so genannten „Solidnet“-Gruppe, wo sie den seit 2005 vakanten österreichischen Platz übernommen hat. Die Aufnahme der PdA war am IMCWP 2016 mit Fürsprache der KKE, der Kommunistischen Partei Kubas (PCC), der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) und der Ungarischen Arbeiterpartei (MP) von den Mitgliedsparteien einstimmig.

mig beschlossen worden. Die „Solidnet“-Plattform dient der PdA seither als Bühne für fremdsprachige Publikationen, daneben ist sie die Organisatorin gemeinsamer internationaler Erklärungen kommunistischer und Arbeiterparteien zu bedeutenden Ereignissen und Fragestellungen. Die PdA hat in den vergangenen Jahren an theoretischen und politischen Konferenzen der Solidnet-Gruppe teilgenommen, internationale Aktionstage unterstützt und Kontakte zu weiteren Parteien einer bilateralen Vertiefung zugeführt.

Es ist jedoch kein Geheimnis, dass die IMCWP/Solidnet-Gruppe überaus heterogen ist, wie es eben auf die IKB generell zutrifft. Sie erfüllt ihre Zwecke als Austausch- und Diskussionsplattform unter den kommunistischen und Arbeiterparteien, doch die Herstellung einheitlicher Positionen ist zunehmend schwieriger geworden. Allerdings besteht auch keine Notwendigkeit einer Einheit mit revisionistischen, opportunistischen und sozialdemokratisierten Parteien, die es in der Solidnet-Gruppe nun mal gibt. Die PdA anerkennt insofern die Bedeutung der IMCWP-Treffen und von Solidnet, hegt aber keine Illusionen bezüglich eines gewissen Teils der Mitgliedschaft. Für die PdA ist klar, dass sie insbesondere zu solchen Parteien enge und tiefe Beziehungen wünscht, die ebenso auf dem festen Fundament des Marxismus-Leninismus stehen. Dies gilt sowohl in Bezug auf Solidnet-Mitglieder wie Nichtmitglieder. Die PdA bekennt sich zum marxistisch-leninistischen Pol der IKB, der u.a. die KKE, die Kommunistische Partei der Arbeiter Spaniens (PCTE), die Kommunistische Partei Schwedens (SKP), die Kommunistische Partei der Türkei (TKP) oder die Kommunistische Partei Mexikos (PCM) angehören, um nur einige zu nennen. Die Zusammenarbeit unter diesen Kräften muss weiter intensiviert werden.

### **Klarheit und Einheit**

Die Konsolidierung des marxistisch-leninistischen Kurses der PdA wurde in den vergangenen Jahren nicht von allen Mitgliedern mitgetragen. Manche hatten wohl Illusionen über raschere Fortschritte der PdA oder über die Intentionen und den Charakter gewisser Teile der KPÖ. Wer in der PdA aktiv ist, muss wissen: Es gibt keinen einfachen Weg zur Herstellung und Etablierung einer marxistisch-leninistischen Partei der ös-

terreichischen Arbeiterklasse. Es ist ein beschwerlicher und langwieriger Weg, auf dem es nur wenige Verbündete, aber viele Gegner und Feinde gibt. Wer sich dessen nicht bewusst und für diesen Kampf nicht bereit ist, wird zwangsläufig ermüden und zurückbleiben.

Daneben hat sich zwischenzeitlich eine kleine opportunistische Gruppe gebildet, die schlichtweg kein Interesse an einer Weiterentwicklung der Partei hatte. Selbstgenügsamkeit, egozentrische Selbstüberhöhung, Lähmung und sogar Sabotage wurden bis in den Parteivorstand hineingetragen, und als klar wurde, dass es hierfür keine Mehrheit gab, verweigerte man die Einhaltung des demokratischen Zentralismus. Dies gipfelte schließlich in der Bemächtigung und im regelrechten Diebstahl der PdA-Positionen im Gewerkschaftsbündnis KOMintern, das diese Gruppe sodann als „Privatverein“ verselbständigte. Mit dem Austritt dieser Leute aus der PdA, die ihre KOMintern-Funktionen eigentlich nur als PdA-Vertreter innehatten, wurde die PdA aus der KOMintern faktisch ausgeschlossen. Für viele von uns war dieses untragbare und hinterhältige Vorgehen nicht nur eine politische, sondern auch eine schwere persönliche Enttäuschung. Trotzdem muss sich die PdA-Leitung dem berechtigten Vorwurf stellen, dass sie diese Leute allzu lange auf einem „PdA-Ticket“ gewähren ließ und daher keine wirksamen Gegenmaßnahmen unternehmen konnte.

Der dritte Bereich betrifft die Jugendarbeit. Der Zustand der Kommunistischen Jugend Österreichs (KJÖ) und des Kommunistischen Studierendenverbandes (KSV) war zeitlebens der PdA (und auch schon der KI) ungenügend. Die KJÖ distanzierte sich zwar vom KPÖ-Bundesvorstand, lavierte aber zwischen der KPÖ Steiermark und der PdA. Die Mehrheiten in der KJÖ-Bundesleitung waren wechselnd, die einzelnen regionalen Gruppen nahmen unterschiedliche Gewichtungen vor. Klar war natürlich immer, dass die KJÖ Steiermark die Jugendorganisation der KPÖ Steiermark war, während die übrigen Gruppen zur PdA tendierten. Dies änderte sich endgültig nach dem 4. Parteitag der PdA, als auch die Wiener KJÖ vermehrt eine parteifeindliche Haltung einnahm (dies korrelierte zeitlich nicht zufällig mit den Umtrieben der KOMintern-Leute). Sie betrieb – gemeinsam mit der steirischen KJÖ – den Bruch mit der PdA und die Spaltung der KJÖ. Und dies ist bis 2021 auch final gelungen: Ein aus Graz und Wien dominierter Bundeskon-

gress stellte mit allerlei falschen Behauptungen und Diffamierungen den Bruch mit der PdA und die alleinige Hinwendung zur KPÖ Steiermark fest, die angeblich das Potenzial für die Herausbildung einer bundesweiten marxistisch-leninistischen Partei hätte. Diese recht abenteuerliche politisch-ideologische Verwirrung und Irrung geht uns nichts an, die Geschichte wird die gewagte These der KJÖ-Opportunisten ohnedies ausgiebig falsifizieren. Doch gleichzeitig wurden jene KJÖ-Gruppen, die sich zur PdA bekannten, mit Repressionen bedacht, mit Ausschlüssen und Gruppenauflösungen. Hierbei konnte man freilich nicht zusehen.

Angesichts der parteifeindlichen und opportunistischen Entwicklungen in der KJÖ-Führung hat der Parteivorstand rechtzeitig Gegenmaßnahmen unternommen. In Wien und Niederösterreich wurde eine eigene Jugendgruppe gebildet, die schließlich gemeinsam mit den ehemaligen KJÖ-Gruppen in Innsbruck/Tirol, Linz/Oberösterreich und Eisenstadt/Burgenland als neue Struktur die Jugendfront der PdA bildeten: Der 5. Parteitag schuf die statutarischen Voraussetzungen, im Herbst 2022 erfolgte der Gründungskongress der Jugendfront. Sie ist nun mit bereits vier regionalen Gruppen die marxistisch-leninistische Jugendorganisation der arbeitenden und lernenden Jugend Österreichs, während sich die Rest-KJÖ in Wien und Graz wohl mit der Jungen Linken und dem KSV-Lili um die Gunst der sozialdemokratisierten KPÖ und der antikommunistischen KPÖ-Plus matchen muss.

Ironischer Weise haben diese Entwicklungen zu einer Stärkung der PdA geführt. Die Partei konnte sich von opportunistischem Ballast befreien, der allzu lange lähmend wirkte. Ebenso braucht es in der PdA und ihrem Umfeld keine prinzipienlosen Glory-Hunter, die den Wahlerfolgen der KPÖ in Graz und Salzburg nachhecheln – wer das tut, ist für die eigentliche kommunistische Bewegung in Österreich, für den Marxismus-Leninismus verloren und wird Teil des reformistisch-opportunistischen Sumpfes. Man mag dies quantitativ bedauern, aber qualitativ handelt es sich um einen Fortschritt für die PdA. Sie verfügt nun über eine eigene, ideologisch einwandfreie und aktive Jugendorganisation an ihrer Seite, außerdem wirken Klarheit und Einheit, wie sie nun in der Partei gegeben sind, förderlich für ihre weitere Entwicklung, wie es auch in der zentralen Resolution des 5. Parteitages darlegt wurde, aber auch die kontinuierliche Praxis beweist. Wenn klare Trennstriche gezogen werden, so ist das gut

und nicht schlecht. Wir können uns auf unsere eigenen Aufgaben konzentrieren, ohne dass indirekt Rücksicht auf regionalen Wahlfetischismus einer Ersatzsozialdemokratie oder gar auf sozialdemokratische oder grüne Listen bei Wahlen im Ausland zu nehmen ist.

## **Partei und Klasse**

Die bisher dargelegten Entwicklungen der zehn Jahre seit der PdA-Gründung verweisen neben manchen Rückschlägen und Schwierigkeiten mehrheitlich auf Fortschritte. Insofern kann man feststellen, dass die Richtung stimmt. Wir haben mehr erreicht, als uns vielerorts zugetraut wurde – und so manche Menschen wundern oder ärgern sich sogar, dass die PdA immer noch existiert. Und sie wird weiterhin existieren, weil sie nicht aus Jux und Tollerei gegründet wurde, sondern weil dies eine objektive Notwendigkeit war. Im Sinne des revolutionären Klassenkampfes für den Sozialismus braucht es eine marxistisch-leninistische Kampfpartei der Arbeiterklasse. Diese Partei zu sein, markiert das Alleinstellungsmerkmal der PdA in Österreich und ihren Anspruch an sich selbst.

Die PdA unterstreicht auf verschiedenliche Weise ihre entsprechende Charakteristik, mit ihrer Programmatik und Strategie, mit fundierten theoretischen und historischen Beiträgen, mit aktuellen Analysen, mit ihrer Einbindung und Aktivität in der IKB, mit ihrer Arbeitsweise und ihren Anforderungen an die eigene Mitgliedschaft. So sehr die PdA in diesen Hinsichten auf dem Weg zur entwickelten marxistisch-leninistischen Partei der österreichischen Arbeiterklasse ist, so muss man ebenfalls konstatieren, dass sie es organisch natürlich noch nicht ist und nicht sein kann. Es ist zwar berechtigt, auf unsere Erfolge und Fortschritte der vergangenen zehn Jahre zu verweisen, doch finden diese auf generell niedrigem Niveau statt – man könnte zugespitzt sagen: in der Nussschale.

In der Gründungserklärung der PdA ist festgehalten: „Es versteht sich von selbst, dass eine neue revolutionäre Partei der Arbeiterklasse nicht per Deklaration zu einer solchen wird, sondern dass sie sich durch konsequente Arbeit in und mit der Klasse, durch aufrichtige Teilnahme an ihren Kämpfen, durch ehrliche Interaktion mit den Massen entwickeln wird und muss.“ – Was die Resultate dieser Bemühungen betrifft, so sind

die Erfolge überschaubar. Offensichtlich befinden wir uns immer noch in der Kleinarbeit, von Massenarbeit kann keine Rede sein. Mehr noch: Der überwältigende Großteil der österreichischen Arbeiterklasse weiß nicht einmal, dass die PdA existiert. Es ist aber die zentrale Aufgabe der PdA, die Arbeiterklasse in relevanter Zahl aufzuklären, zu mobilisieren und schließlich in der und um die Partei zu organisieren. Die marxistisch-leninistische Partei als höchste Form der Klassenorganisation ist nur dann wirksam, wenn sie auch organisch eine solche Arbeiterpartei ist. Die Doppelaufgabe lautet: Die revolutionäre Theorie muss die Massen ergreifen – und die Massen müssen das angebotene Werkzeug der Partei ergreifen.

Ohne Zweifel liegen hier die größten Schwierigkeiten und Herausforderungen der PdA. Man mag anerkennen, dass die optimierte Nutzung von elektronischen Massenmedien – darunter fallen unsere Online-Zeitung, das Internet und Social Media – unsere Reichweiten deutlich erhöht hat. Das ist gut und schön, und diese Kanäle tragen auch zum quantitativen Wachstum bei. Trotzdem sind unsere eigentlichen Schnittstellen zur Arbeiterklasse die Grundorganisationen vor Ort, in Wohngebieten, auf der Straße, in Betrieben und Bildungseinrichtungen. Hier müssen der Kontakt und die eigentliche Arbeit stattfinden, von Mensch zu Mensch. Wir stellen an unsere Mitglieder und Strukturen andere, nämlich größere Ansprüche als die etablierten und reformistischen Parteien, wir sammeln keine Mitglieder, auf dass sie in einer Kartei vermerkt werden, sondern wir organisieren Aktivistinnen und Aktivisten. Nur wenn es gelingt, die Aktivitäten auszuweiten, die Grundorganisationen zu stärken, zu vergrößern und schließlich zu vermehren, dann wird es möglich sein, an Bekanntheit, Anerkennung und Einfluss zu gewinnen – nur dann ist man auch ein Anziehungspunkt mit selbständigem Antrieb. Eine solche Entwicklung ist es, die wir in Gang setzen und halten müssen, in stetig erweiterten Kreisen um die Partei. Man soll sich diesbezüglich angesichts der objektiven und subjektiven Kräfteverhältnisse keine Wunderdinge erwarten, aber wir wissen sehr wohl, dass Entwicklungen nicht linear verlaufen, sondern in ihrer Dynamik Sprünge und Beschleunigungen implizieren können. Darauf muss man hinarbeiten.

## Schlussbemerkungen

In den zehn Jahren seit dem Gründungsparteitag der PdA im Oktober 2013 ist vieles gelungen:

Die Partei hat es übernommen, als einzig verbliebene marxistisch-leninistische Kraft auf dieser Basis regelmäßig politische, theoretische und historische Erklärungen zu verfassen sowie den Marxismus-Leninismus zu verteidigen und anzuwenden; sie gibt mit der E&W ein marxistisch-leninistisches Theorieorgan heraus; die PdA unterhält die Druckversion der ZdA als Zentralorgan und ergänzt dieses durch eine erfolgreiche Online-Version; sie führt Schulungs-, Informations- und Diskussionsveranstaltungen durch, sie beteiligt sich an Bündnisdemonstrationen und engagiert sich mit eigene Kundgebungen; die PdA war Initiatorin der großen Internationalistischen Mai-Kundgebungen in Wien, die bis heute existieren; sie hat maßgeblich die Bündnisliste „Kommunistische Gewerkschaftsinitiative – International“ (KOMintern) geschaffen, die auf Anhieb in die Arbeiterkammer eingezogen und dort etabliert ist, wenngleich diese Beziehung inzwischen aufgelöst wurde; im Jänner 2020 ist die PdA im niederösterreichischen Weinviertel erstmals in einen Gemeinderat eingezogen und stellt nun einen Mandatar eines bürgerlich-demokratischen Vertretungskörpers; die Partei hat an weiteren Wahlen teilgenommen, in Bündnissen und alleine, mit unterschiedlichen Ergebnissen; die PdA unterhält aktive Grundorganisationen und neuerdings auch eine eigene Jugendorganisation; und die PdA vertritt die österreichische Arbeiterklasse in der weltweiten Gemeinschaft der kommunistischen und Arbeiterparteien.

Die PdA tut dies alles als wahre Erbin und konsequente Fortführerin der internationalen revolutionären Arbeiterbewegung seit 1848, der österreichischen Arbeiterbewegung seit 1888/89, der kommunistischen Bewegung seit 1918. Sie tut dies im Gefolge der einst marxistisch-leninistischen KPÖ und der Kommunistischen Initiative. Diese letztgenannte Kontinuität verkörpert nicht zuletzt Otto Bruckner, der sowohl in der KPÖ-Opposition als auch in der KI wie in der PdA die maßgebliche Persönlichkeit darstellte und immer noch in der Parteiführung eine bedeutende Rolle spielt. Gleichzeitig gehören der PdA und ihrer Ju-

gendfront heute viele neue Mitglieder an, die bei der KI-Gründung 2005 noch nicht einmal geboren und bei der PdA-Gründung 2013 noch im Kindergarten waren. Die Partei lebt und wächst, in jedweder Hinsicht.

Der zehnte Geburtstag der PdA ist für uns ein Anlass zum Feiern. Wir würdigen das Erreichte, wir jammern nicht über vergangene Fehler oder aktuelle Schwierigkeiten. Wir nehmen unsere historische Aufgabe an und werden sie erfüllen, trotz aller Hindernisse. Denn die Arbeiterklasse, der Klassenkampf und die sozialistische Revolution benötigen eine marxistisch-leninistische Partei, als die sich die PdA im letzten Jahrzehnt teilweise bereits bewährt hat – und die sie in Zukunft im vollen Ausmaß sein wird.

# Der Kommunistische Jugendverband Österreichs 1918-1931

Lukas Haslwanger

## Die Gründung des Verbandes der Kommunistischen Proletarierjugend

Am 8. November 1918 erfolgte die Gründung des Kommunistischen Jugendverbandes Österreichs. Mit seiner Gründung trat die aus der Habsburgermonarchie kommende revolutionäre Jugendbewegung in eine neue, mit den Anfängen der Republik Österreich verbundene Phase ein. Dies war das Resultat der Ausdifferenzierung in der österreichischen und internationalen Arbeiterbewegung zwischen opportunistischen Strömungen und den revolutionären, marxistisch orientierten Kräften. (Friedl Garscha 1981b: S. 18)

Der Prozess der Ausdifferenzierung setzte bereits vor dem ersten Weltkrieg ein. Insbesondere die von Wladimir Lenin geführten Bolschewiki hatten immer wieder vor dem wachsenden Einfluss des Opportunismus und Reformismus auf die sozialdemokratischen Parteien gewarnt. Für Lenin fiel dieser Einfluss nicht vom Himmel, sondern war das Resultat des Übertritts in „die Epoche des kapitalistischen Imperialismus“ (Wladimir Lenin 1971a: S. 108), „des reifen und überreifen Kapitalismus, der vor dem Zusammenbruch steht, der reif ist, dem Sozialismus Platz zu machen“ (Wladimir Lenin 1971a: S. 108). Lenin analysiert den Imperialismus als Monopolkapitalismus, der von Industrie- und Bankenmonopolen dominiert wird und den Kapitalismus der freien Konkurrenz aus der Epoche der Niederringung des Feudalismus von 1789-1871 hinter sich gelassen hat. (Wladimir Lenin 1971a: S. 108) Eben jene Monopole konzentrieren auch ein we-

sentlich größeres Kapital und können damit Teile der Arbeiterklasse und der Arbeiterbewegung bestechen: „Einem kleinen Kreis der Arbeiterbürokratie, Arbeiteraristokratie und kleinbürgerlicher Mitläufer können Brocken von den großen Profiten der Bourgeoisie zufallen. Der Klassencharakter des Sozialchauvinismus und des Opportunismus ist das Bündnis einer kleinen bevorrechteten Arbeiterschicht mit ‚ihrer‘ nationalen Bourgeoisie gegen die Masse der Arbeiterklasse.“ (Wladimir Lenin 1971a: S. 111)

Den Revolutionären wird der wachsende Einfluss des Opportunismus in der Sozialdemokratie und den Parteien der zweiten (sozialdemokratischen) Internationale schon vor dem Krieg bewusst. Für die Masse der Arbeiterinnen und Arbeiter kommt die Zustimmung ihrer Parteien zum imperialistischen Krieg 1914 trotzdem überraschend. Die Beschlüsse, die auf dem Friedenskongress in Basel (1912) über die Ablehnung des Krieges und die Ergreifung von Maßnahmen zur Organisierung des Massenkampfes gegen den Krieg gefasst worden waren, wurden von den sozialdemokratischen Führern und den Arbeiteraristokraten einfach über Bord geworfen. Nur die Bolschewiki sowie die sozialdemokratischen Parteien Bulgariens und Irlands riefen die Arbeiterklasse in ihren Ländern dazu auf, die Waffen umzudrehen und sie gegen die Herrschenden im eigenen Land zu führen.

Die österreichischen Sozialdemokraten konnten im Parlament nicht für den Krieg stimmen, weil die Regierung das Parlament bereits ausgeschaltet hatte. Sie machten dies durch den Leitartikel „Der Tag der deutschen Nation“<sup>1</sup> wett, der am 5. August 1914 in der sozialdemokratischen Arbeiterzeitung erschien. Die Arbeiterklasse ließ sich allerdings nicht so leicht zum Schweigen bringen. In den Jahren 1917 und 1918 löste sie sich mehrheitlich von der Bevormundung durch

1        Darin heißt es unter anderem: „Wie immer die eisernen Würfel fallen mögen – und mit der heißesten Inbrunst unseres Herzens hoffen wir, daß [sic!] sie siegreich fallen werden ... stolzeste und gewaltigste Erhebung des deutschen Geistes ... im Kampf um seine nationale Ehre Deutschland einig ist und bleiben wird bis zum letzten Blutstropfen ... nicht Tod und Teufel wird es gelingen, unser deutsches Volk unterzukriegen ... die ‚vaterlandslosen Gesellen‘, die ‚rote Rotte‘, wie sie der Kaiser einst schmähete, weiht dem Staat Gut und Blut der arbeitenden Massen ... sie mäkeln nicht und feilschen nicht, nie hat eine Partei größer und erhebender gehandelt als diese deutsche Sozialdemokratie“ (zitiert nach Leopold Hornik 1970.: S. 22).

Opportunisten. Der Kampf begann mit ersten Streiks und Hungerrevolten und spitzte sich bis zum Matrosenaufstand von Cattaro zu. Der Aufstand der Matrosen von Cattaro führte der Regierung erstmals vor Augen, dass sie sich auf ihre Truppen nicht mehr verlassen konnte.

Im Jänner/Februar 1918 gab es in Österreich infolge des größten Streiks der österreichischen Geschichte, dem sogenannten Jännerstreik, erstmals eine revolutionäre Situation. Die Herrschenden konnten nicht mehr so weitermachen wie sie wollten, und die Arbeiterklasse wollte nicht mehr so weitermachen. In Ermangelung einer revolutionären Organisation konnte die Arbeiterklasse die Situation aber nicht zum Umsturz nutzen. Die sozialdemokratischen Führer taten alles, um die Arbeiterinnen und Arbeiter wieder zur Ruhe zu bringen.

Die zweite revolutionäre Situation trat im Oktober/November des Jahres 1918 ein. In der Lesart der Bürgerlichen ist diese Revolution beschränkt auf den Sturz der österreichischen Monarchie. Für die Arbeiterklasse und die in die Heimat zurückströmenden Soldaten war sie das aber nicht. Für sie war es der Beginn einer möglichen sozialistischen Revolution. Die Kommunistische Partei Österreichs und der Kommunistische Jugendverband Österreichs, die als Folge des Verrats der Sozialdemokratie im November gegründet worden waren, konnten mangels Erfahrung die Situation nicht wirklich nützen. Die sozialdemokratischen Führer traten nicht offen reaktionär auf, wie es die SPD tat, sondern behaupteten, man würde langsam zum Sozialismus übergehen, um nicht einen jahrelangen revolutionären Krieg zu haben, wie ihn die russischen Bolschewiki gegen die Konterrevolution im eigenen Land und ausländische Invasoren gezwungen waren zu führen. (Friedl Garscha 1981a: S.5ff)

Vor diesem Hintergrund wurde also der Verband der Kommunistischen Proletarierjugend am 8. November 1918 gegründet, wie der Kommunistische Jugendverband bis zu seinem Verbot 1931 offiziell hieß. Heute ist sein offizieller Name allerdings kaum mehr geläufig, stattdessen wird im Normalfall vom Kommunistischen Jugendverband Österreichs gesprochen. Doch woher kamen die Jugendlichen, die 1918 die erste kommunistische Jugendorganisation in Österreich gründeten? Franz Koritschoner schrieb zum 10-jährigen Gründungsjubiläum in der Zeitung des KJVÖ-Proletarierjugend folgendes: „Vor

elf Jahren hatten aus der SAJ der Wiener Bezirke Leopoldstadt und Favoriten ausgeschlossene Gruppen den ‚Verband der Arbeiterjugend‘ gegründet, dessen Statuten im Dezember 1917 genehmigt wurden. Der Verband arbeitete mit den linkssozialistischen Organisationen ‚Wissenschaftlicher Verein für Bildung‘ und ‚Freie Vereinigung sozialistischer Studenten‘ zusammen. Mit dem Jännerstreik (1918) war aber die Legalität zu Ende.“

Der Kommunistische Jugendverband Österreichs wurde vor allem von Jugendlichen aus dem Verband der Arbeiterjugend, von denen viele nach dem Jännerstreik im Gefängnis saßen, im November 1918 gegründet. Bereits am ersten Parteitag der KPÖ im Februar 1919 konnte über den neugegründeten Jugendverband berichtet werden, dass er über vier Gruppen in Wien mit mehr als 400 Mitgliedern verfügte. Zum Verhältnis von Jugend und Partei erklärten die Vertreter des KJVÖ am Parteitag, sich der Taktik der Partei zu unterwerfen. Die Jugendorganisation sollte vor allem dazu dienen, den Organisationsgrad in der Jugend zu erhöhen und in der Jugend einen Kern bewusster und geschulter Kämpfer zu bilden. (Max Stern 1969: S. 451)

Die politische Macht lag in den Tagen des ausgehenden Jahres 1918 und zu Beginn des Jahres 1919 auf den Straßen. Die Bourgeoisie hatte die neue Situation noch nicht ganz im Griff, es fehlte ihr der unmittelbar über die Staatsmacht ausgeübte Klassenvorteil. Die rote Garde<sup>2</sup> existierte noch und das Proletariat war noch immer erfasst von einem revolutionären Aufschwung. Der KJVÖ kombinierte in dieser Zeit die

---

2 Heimkehrende Soldaten bildeten in Wien und anderen Industrieorten in Österreich Rote Garden. Die Sozialdemokratie erkannte die Gefahr, die von den heimkehrenden Soldaten für die bürgerliche Ordnung ausging. Die Soldatenräte in Österreich waren keine revolutionären Organe, sie wurden von der sozialdemokratischen geführten Regierung organisiert, um die heimkehrenden Soldaten in den bürgerlichen Staatsapparat zu integrieren. Ähnlich verhielt es sich mit den Roten Garden. Die Regierung bildete die Volkswehr aus heimkehrenden Soldaten unter der Kontrolle des Sozialdemokraten Julius Deutsch. Formal hatten das Kommando zu Beginn die Soldatenräte. Die Roten Garden wurden in die Volkswehr integriert und neutralisiert. Einige Einheiten hielten sich trotzdem recht lange, vor allem das 41. Bataillon in Wien, das von linken Elementen und Kommunisten geführt wurde. Zu den Gründern dieser Roten Garde, die später das 41. Bataillon waren, gehörte der Schriftsteller und Kommunist Egon Erwin Kisch. (Leopold Spira 1952: S. 19)

politische Propaganda für die Diktatur des Proletariats, für eine sozialistische Umwälzung mit dem ökonomischen Kampf. Insbesondere unter den Lehrlingen war der KJVÖ aktiv und konnte immer wieder Initiativen ergreifen und Lehrlingsstreiks organisieren, unter anderem für die Abschaffung des Unterrichts am Abend und an Samstagnachmittagen. Die Schulzeit sollte in die Arbeitszeit integriert werden. Die SAJ stand immer wieder abseits und schaltete sich erst mit Verspätung in die Kämpfe ein. Das zentrale Mittel solcher Streiks und Kämpfe war die Gründung und Initiierung von Lehrlings- und Schülerräten durch den KJVÖ. Diese organisierten und leiteten die Streiks und stellten eine Einbeziehung der Masse an Lehrlingen weit über den Organisationsgrad des KJVÖ hinaus sicher. (Friedrich Hexmann 1981: S. 22)

### **Sinn und Zweck des KJVÖ**

Im Herbst 1920 hielt Lenin eine Rede auf dem III. Gesamtrussischen Kongress des Kommunistischen Jugendverbandes Russlands über die Aufgaben der kommunistischen Jugendorganisationen. Zentral für Lenin war, dass die jungen Kommunistinnen und Kommunisten sich selbst bilden und erziehen und „den Kommunismus studieren“ müssen. Lenin führt aus, dass das Studium des Kommunismus allerdings einige Irrwege bereithalten kann. Der größte wäre es, sich nur Wissen aus kommunistischen Büchern und Broschüren oder Ähnlichem anzueignen. Das Resultat eines solchen Studierens wären kommunistische „Schriftgelehrte und Prahlhänse“ ohne jeden Bezug zur Realität. Es würde also das alte Problem der Differenz von Theorie und Praxis reproduzieren. Die Aufgabe der kommunistischen Jugend sei es aber gerade, diese Differenz zu überwinden und eine Einheit von Theorie und Praxis herzustellen. Lenin zufolge ist gerade die politische Praxis, der politische Kampf, die beste Schule für junge Kommunistinnen und Kommunisten. Die Jugend müsse durch die Schule des Klassenkampfes gehen, ohne dabei die Bedeutung der theoretischen Bildung zu vernachlässigen. (Wladimir Lenin 1971b: S. 273f) Lenin weist noch auf ein weiteres Problem in der Bildung hin: Es sei gefährlich, sich nur Losungen anzueignen. Die Jugend müsse sich das gesamte Wissen der Menschheit aneignen und lernen, dieses Wissen, um die eigenen Er-

fahrungen zu erweitern und kritisch weiterzuentwickeln. Der Kommunismus selbst sei aus diesem Wissen hervorgegangen und wurde basierend auf den Texten von Marx und Engels weiterentwickelt. (Wladimir Lenin 1971b: S. 275) Das bloße Aneignen von Losungen führe nur dazu, dass „der Kommunismus (...) zu einer hohlen Phrase“ wird. (Wladimir Lenin 1971b: S. 277) Lenin führt aus: „Unsere Schule aber soll der Jugend die Grundlagen des Wissens vermitteln, sie soll sie befähigen, sich selbständig kommunistische Anschauungen zu erarbeiten, soll aus ihr gebildete Menschen machen. Sie soll die Menschen, während diese in der Schule lernen, zu Teilnehmern am Kampf für die Befreiung von den Ausbeutern erziehen. Der Kommunistische Jugendverband wird erst dann seinen Namen rechtfertigen und beweisen, daß er wirklich ein Bund der kommunistischen jungen Generation ist, wenn er jeden Schritt seiner Schulung, Erziehung und Bildung mit der Teilnahme am gemeinsamen Kampf aller Werktätigen gegen die Ausbeuter verbindet.“ (Wladimir Lenin 1971b: S. 285)

### **Organisatorische Verfasstheit des KJVÖ**

Der Kommunistische Jugendverband Österreichs wuchs insbesondere während der revolutionären Welle, in der Zeit von stürmischen Streikbewegungen, schnell auf 1500 Mitglieder an. Nachdem diese Wellen abflauten, sank auch die Mitgliederzahl auf rund 500. Bis 1928 konsolidierte sich die Mitgliederzahl bei rund 1000 Mitgliedern. Frauen waren in der Organisation stark unterrepräsentiert und die absolute Mehrheit der Mitglieder waren Männer. Die Mitgliederzahlen wuchsen in der Zeit der Illegalität ab 1931 und insbesondere nach 1934 wieder stark an. Damals kamen verstärkt auch Frauen zum KJVÖ. Es entstanden sogar vereinzelt Zellen, in denen nur Frauen Mitglieder waren, bspw. in den Wiener Bezirken XII, XIII und XIX.

Zur Zeit der Gründung des KJVÖ bestand die Mehrheit seiner Mitglieder aus Schülerinnen und Schülern sowie mit der Arbeiterklasse verbundene Studentinnen und Studenten. Bereits 1920 hatte sich dieses Verhältnis aber geändert: Rund 50 Prozent waren Metallarbeiter, 1,8 Prozent Buchdrucker, 8 Prozent Handelsgehilfen und nur mehr 7 Prozent Mittelschüler. Davon kamen ca. 10 % aus Großbetrieben,

über 50 % aus Kleinbetrieben. Mit der Wirtschaftskrise und der zunehmenden Arbeitslosigkeit am Ende der 20er Jahre stieg auch die Anzahl junger Arbeitsloser unter den Mitgliedern des KJVÖ.

Statutarisch baute der KJVÖ auf das Statut des Verbandes Jugendlicher Arbeiter auf, in den Jahren 1921, 1924 und 1927 traten adaptierte und überarbeitete Versionen in Kraft. Die Basis der Organisation bildeten Orts- und Bezirksgruppen, die in Landes- und Kreisorganisationen zusammengefasst wurden. Das höchste Organ hatte wechselnde Namen. Zuletzt hieß es Zentralkomitee, das wiederum seine Mitglieder in Funktionen wählte und einen Generalsekretär aus den eigenen Reihen wählte. (Annemarie Türk 1981 S. 26) Ab 1923 begann man auch mit der Organisation von Betriebszellen, um das Wirken der Kommunistinnen und Kommunisten im Betrieb besser zu organisieren und in einen direkteren Kontakt mit der Arbeiterjugend zu kommen. 1924 wurde die erste Betriebszellenkonferenz in Wien organisiert, zu der alle Genossinnen und Genossen eingeladen wurden, die für den Aufbau und die Organisation von Betriebszellen in Frage kamen. Trotz vieler Mühen stellte die 6. Reichskonferenz allerdings Mängel in der Umsetzung der Arbeit in den Betriebszellen fest. (Annemarie Türk 1981: S. 29f)

Schon am ersten Parteitag der KPÖ 1919 wurde beschlossen, dass neben der vom Parteitag gewählten Leitung dem Zentralkomitee auch ein Mitglied des Jugendverbandes angehören solle. Am dritten ordentlichen Delegiertentag des KJVÖ 1921 beschloss dieser, dass der Jugendverband die Partei in ihrer gesamten politischen und organisatorischen Tätigkeit unterstützen muss, umgekehrt muss auch die Partei den Jugendverband unterstützen. Zudem wurde eine gegenseitige Vertretung in allen Leitungsorganen der Partei und des Jugendverbandes vom Ortsvorstand bis zum Zentralkomitee beschlossen, um die politische Arbeit auf das engste aufeinander abzustimmen. Am Parteitag der KPÖ 1927 wurde ein neues Statut beschlossen, in dem die gegenseitige Vertretung in den Leitungsorganen bestehen bleibt – allerdings von da an nicht mehr nur mit beratender Stimme, sondern mit beschließender Stimme. Dieses enge Verhältnis zwischen KPÖ und Jugendverband blieb auch in der Illegalität bestehen und wurde sogar weiter intensiviert. So erklärte die KPÖ in „den Anleitungen der

Reichsorg.-Abteilung (...): „Die Parteiorganisationen schenken der Arbeit des KJV viel zu wenig Aufmerksamkeit und aktive Unterstützung ... In den Orts- und Gebietsleitungen sind überall Vertreter des KJV hineinzunehmen und mit der Jugendorganisation alle Aufgaben der Partei und der Jugend gemeinsam zu beraten ... Wo es keine KJV-Gruppen gibt, muss die Parteiorganisation unverzüglich darangehen, KJV-Gruppen zu schaffen ...“ (Max Stern 1969: S. 453)

Auf der 6. Reichskonferenz des KJV wurde außerdem eine Plenar-Zentrale geschaffen. Dieses Organ ist vergleichbar mit einem Sekretariat und hatte die Aufgabe, sich regelmäßig in kurzen Abständen zu treffen, um die laufende politische Arbeit zu besprechen und zu organisieren. Es bestand aus dem Generalsekretär, einem technischen Leiter und dem Chefredakteur der Zeitung. (Annemarie Türk 1981: S. 27)

### **Der KJV und die Fraktionskämpfe in der KPÖ**

Mit der relativen Stabilisierung des Kapitalismus ab 1921 brachen in der KPÖ schwere Fraktionskämpfe aus, die die politische Arbeit zeitweise völlig lähmten. Eines der krassesten Beispiele für die Auswirkungen der Fraktionskämpfe trat während des Metallarbeiterstreiks 1924 zutage, als ein fraktionierender Schlägertrupp eine öffentliche Versammlung des KJV sprengte. (Friedl Garscha 1977c: S. 77) Johann Kopenig benannte die Ursachen für die damalige Krise der Partei in einem Bericht an den 8. Parteitag 1925, wie folgt: „Die Hauptfehler der Partei und die Ursachen der Krise waren die nichtgenügende Lösung von der sozialdemokratischen Ideologie. Die Partei hat die Gegensätze, die uns von der Sozialdemokratie trennen, nicht genügend herausgearbeitet. Dies zeigte sich bei allen politischen Fragen. Sie hatte keine selbstständige Linie. (...) Die Partei hatte die Losung ‚des einheitlichen Kampfes, mit den proletarischen Parteien an der Spitze‘ ausgegeben und dadurch in den Arbeitermassen Illusionen in bezug auf die Sozialdemokratie geschaffen. Selbst in der Partei war lange Zeit die Illusion vorhanden, daß die SP eine revolutionäre Partei sei“. (Johann Kopenig 1951: 12f) In einem Schulungslehrgang zur Geschichte der KPÖ 1948 führte Kopenig aus, dass die Veränderung der

Lage, das Anwachsen der faschistischen Reaktion und das Abflauen der revolutionären Welle eine Neuausrichtung der politischen Arbeit der KPÖ notwendig machten, die bisher darauf abgezielt hatte, die Massen für den Kampf um die politische Macht, für ein sozialistisches Österreich zu gewinnen. Dass dieses Ringen um eine Neuorientierung in derart prinzipienlose Fraktionskämpfe mündete, in deren Verlauf die Grenzen zwischen linken und rechten Opportunismus völlig verschwammen, begründete Koplenig einerseits mit Fehlern aus der Gründungszeit, andererseits mit Fehlern bei der Auswahl der führenden Kader der Partei. (Friedl Garscha 1977c: S. 78)

Der KJV musste sich von Anfang an mit linken und rechten Abweichungen beschäftigen. 1921 veröffentlichte der KJV in seiner Zeitung einen Beschluss der Kommunistischen Jugendinternationale (KJI). Darin erklärte die KJI, dass es die Hauptaufgabe des kommenden Weltkongresses der Kommunistischen Internationale sein würde, dem rechten und linken Opportunismus entgegenzutreten, der mit Parolen wie „Verwestlichung und Dezentralisation der Internationale“, „Gegen den Moskwitismus“, „Spontanität der Massen“ und „Keine isolierten, uns von den Massen trennenden kommunistischen Aktionen“ auftrat. Die KJI forderte die Jugendverbände dazu auf, solchen Tendenzen in den Parteien entschieden entgegenzutreten. (Max Stern 1969: S. 453f)

Als die Fraktionskämpfe in der Partei schließlich eskalierten, beschloss der KJV auf seinem 5. Reichskongress, den KJV (1924) aus den Kämpfen herauszuhalten. Vermutlich nicht zuletzt vor dem Hintergrund, dass diese Auseinandersetzungen immer wieder auch handgreiflich geführt wurden, wie der oben angeführte Angriff auf eine KJV Veranstaltung veranschaulicht. Bereits 1925/26 konnten die Beziehungen zur Partei wieder stabilisiert werden, auch vor dem Hintergrund der einsetzenden entschiedenen Liquidierung der Fraktionen unter dem Vorsitz von Johann Koplenig. (Annemarie Türk 1981: S. 27f) So berichtet Johann Koplenig an den 8. Parteitag der KPÖ (1925): „Ein wesentlicher Erfolg der letzten Zeit liegt darin, daß es uns gelungen ist, das Verhältnis der Partei zur Jugend zu bessern. In der Vergangenheit war eine Zusammenarbeit als Folge der Auswirkungen der Fraktionskämpfe schwer möglich. (...) Wir müssen konstatieren, daß

die Jugend sehr gut gearbeitet hat, daß es ihr gelungen ist, den Einfluss unter der Arbeiterjugend zu verstärken, und wir müssen konstatieren, daß die Jugend bei allen Aufgaben der Partei mitgearbeitet hat. (...) Angesichts der Tatsache, daß gerade die faschistischen Organisationen ihre Kräfte aus der Jugend schöpfen, angesichts der neuen Kriegsgefahr ist es notwendig, der Arbeit unter den Jugendlichen eine größere Aufmerksamkeit entgegenzubringen. Das ist die Aufgabe der gesamten Partei und sie muß von unseren Organisationen mehr als bisher berücksichtigt werden.“ (Johann Koplenig 1951: S. 16)

Vor dem 9. Parteitag der KPÖ (1927) unterstrich das ZK des KJV die Bedeutung der entschiedenen „Ausmerzungen der üblen Fraktionselemente“ im Entwurf der Resolution für den Parteitag vom ZK der KPÖ. Im Bericht vom Parteitag war zu lesen, dass der KJV sich aktiv am Parteitag beteiligt hatte und seine ganze Kraft in die Durchführung der Beschlüsse des Parteitages stecken würde. Die Auseinandersetzung mit linkem und rechtem Opportunismus war aber damit nicht erledigt und ad acta gelegt. Sie blieb eine beständige Aufgabe, die mit verschiedener Intensität erledigt wurde. 1930 beispielsweise schrieb der KJV in seiner Zeitung – in Anlehnung an eine Resolution der KJI –, dass man sowohl rechten Tendenzen des Anhängens an die Sozialdemokratie wie auch der Auffassung entgegenzutreten müsse, wonach eine Massenarbeit nicht notwendig sei und man ganz praktisch gegen den Faschismus kämpfen müsse. Mit „praktisch“ ist hier wohl die tatsächliche Auseinandersetzung gemeint. (Max Stern 1969: S. 454)

## **Das allgemeine Verhältnis von KPÖ und KJVÖ**

Wie schon erwähnt ordnete sich der Kommunistische Jugendverband von seiner Gründung an der Linie der Partei unter. Er war aber ein stimulierendes Element und entfaltete eine eigenständige Arbeit in der Jugend im Rahmen der politischen Richtlinien der Partei und in enger Abstimmung mit der Partei. Über die Mitgliedschaft von KJVlern in der Partei ist damit aber noch nichts gesagt.

In der gesamten Periode der Legalität des Jugendverbandes – dieser wurde im September 1931 behördlich aufgelöst – konnte man maximal bis zum 24. Lebensjahr Mitglied in der Jugendorganisation sein.

Im Parteistatut, welches von der KPÖ auf ihrem 5. Reichsparteitag 1922 beschlossen wurde, steht, dass Mitglieder des Jugendverbandes mit der Vollendung des 20. Lebensjahres an die Partei zu überführen sind. (Max Stern 1969: S. 455) Dazu ist festzuhalten, dass es sowohl in der Partei als auch in der Jugendorganisation beständig an fähigen Kadern mangelte. (Annemarie Türk 1981: S. 27) Auch wenn diese strenge Regelung im Statut der KPÖ von 1927 nicht mehr zu finden ist, waren die Mitglieder des Jugendverbandes nicht allzu lange in der Jugend. Auf dem 8. Reichskongress des KJVÖ ist im Bericht vermerkt, dass es an fähigen jungen Funktionären zur Besetzung aller Positionen mangelt, da man beständig erfahrene Genossinnen und Genossen an die Partei abzugeben hatte. (Max Stern 1969: S. 455)

1925 fällt das ZK (Anm. d. Verf.: In der Quelle ist nicht klar ob das ZK des Jugendverbandes oder der Partei gemeint ist - wahrscheinlich aber das des Jugendverbandes) den Beschluss, dass der KJV sich voll und ganz an der Liquidierung des Fraktionskampfes in der Partei zu beteiligen habe. In diesem Kontext wird auch beschlossen, einen Parteikern im Jugendverband aufzubauen. Dieser Kern soll als erster Schritt durch den Beitritt aller Jugendfunktionäre in zur Partei entstehen, bei gleichzeitiger Fortführung ihrer Arbeit im Jugendverband.

Solche Beschlüsse gab es später nicht mehr, das Ziel eines wachsenden Parteikerns in der Jugendorganisation blieb aber bestehen. So ist für den KJV in Wien im Jahr 1931 folgender Arbeitsplan dokumentiert: „bis zum 31. Jänner 1931 den Parteikern durch fünfzig neue Genossen zu stärken“. Der Parteikern wurde aber auch auf andere Weise erhöht. Das ZK der KPÖ beschloss angesichts des Erstarkens des Faschismus und dessen Stärke in der Jugend, den KJV dadurch zu stärken und zu unterstützen, dass alle Mitglieder unter zwanzig Jahren dem KJV zu übertragen sind. (Max Stern 1969: S. 455f)

## Literaturverzeichnis

Annemarie Türk (. 1981). Der Kommunistische Jugendverband von 1922 bis 1933. 26–35. Beiträge zur Geschichte der kommunistischen Jugendbewegung in Österreich.

Friedl Garscha (. 1977c). Die KPÖ zur Zeit der „relativen Stabilisierung“ des Kapitalismus 1921–1926. 47–90. Geschichte der Kommunistischen Partei Österreichs. Wien.

Friedl Garscha (. 1981a). Einleitung. 5–17. Beiträge zur Geschichte der kommunistischen Jugendbewegung in Österreich.

Friedl Garscha (. 1981b). Vom Verband Jugendlicher Arbeiter zum Kommunistischen Jugendverband. 18–21. Beiträge zur Geschichte der kommunistischen Jugendbewegung in Österreich.

Friedrich Hexmann (. 1981). Die ersten Jahre des KJV 1918–1921. 22–25. Beiträge zur Geschichte der kommunistischen Jugendbewegung in Österreich.

Johann Koplenig (. 1951). Kampf dem Fraktionismus. 12–16. Johann Koplenig. Wien.

Leopold Hornik (1970). Lenin und das Attentat Friedrich Adlers. 22–26. Weg und Ziel. Sondernummer zum 100. Geburtstag Lenins. 27.

Leopold Spira (1952). Lehrheft zur Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung. II. vom ersten Weltkrieg bis 1927.

Max Stern (1969). Aus der Geschichte des Kommunistischen Jugendverbandes. 451–463. Weg und Ziel. 9. 26.

Wladimir Lenin (. 1971a). Der Opportunismus und der Zusammenbruch der II. Internationale. 107–119. W. I. Lenin Werke. Berlin.

Wladimir Lenin (. 1971b). Die Aufgaben der Jugendverbände. 272–290. W. I. Lenin Werke. Berlin.

# Wissenschaft und Arbeiterklasse

*Autorenkollektiv Wien West – Max Facchin, Franz Holzer,  
Moritz Pamminer und Nikiforos Schmidt<sup>1</sup>*

## Einleitung

Seit einigen Jahren gibt es – verstärkt vor allem durch die Covid19-Pandemie – eine forcierte öffentliche Diskussion über die Vertrauenswürdigkeit von Wissenschaft. Auch unsere Partei beschäftigte sich in Erklärungen und im Rahmen von Kampagnen mit diesem Thema. Als Marxistinnen und Marxisten gehen wir davon aus, dass Wissenschaft nicht von der gesellschaftlichen – heute kapitalistischen – Produktionsweise isoliert ist, auf deren Boden sie stattfindet. Stattdessen beeinflussen sich Wissenschaft und Kapitalismus gegenseitig. Der folgende Text versucht diese gegenseitige Beeinflussung genauer zu charakterisieren, um eine Antwort auf die Frage zu finden, ob und unter welchen Umständen man der Wissenschaft im Kapitalismus nun „trauen“ sollte. Die folgenden Thesen zur Einflussnahme beziehen sich dabei immer auf die Wissenschaft als Gesamteinstitution und nicht auf die Arbeit von einzelnen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die mitunter bei vielen Projekten sehr wohl vom kapitalistischen Produktionsprozess und von der bürgerlichen Ideologie unbeeinflusst arbeiten können. Der Text unternimmt außerdem nicht den Versuch, den behandelten Zusammenhang vollständig zu charakterisieren. Das Ziel ist es, eine innerparteiliche Diskussion über dieses Thema anzustoßen und unsere Position in dieser Frage zu festigen.

## Die Funktion der Wissenschaft

### *a. Der grundlegende Charakter der Wissenschaft*

Im dialektischen Materialismus bezeichnet Wissenschaft die „historisch bestimmte, spezifische Form gesellschaftlicher Erkenntnis-

tätigkeit sowie deren Resultat, das sich entwickelnde System der Erkenntnisse (Aussagen, Theorien, Hypothesen usw.)“ (Fiedler 1980, S.410). Aufgrund dieser Charakterisierung als eine sich ständig verändernde Tätigkeit der Menschen, erfüllt Wissenschaft eine bestimmte Funktion für die Menschen und ist nicht einfach nur Selbstzweck. „Die grundlegende Funktion der Wissenschaft ist es, der jeweiligen Gesellschaftsordnung das Wissen zur Verfügung zu stellen, das notwendig ist, um die Produktion und Reproduktion des menschlichen Lebensprozesses zu sichern.“ (Fiedler 1980, S. 410f).

Der konkrete Ausdruck dieser allgemeinen Funktion der Wissenschaft hängt von der jeweils vorherrschenden Produktionsweise ab. Für die meisten heutigen Gesellschaften bedeutet dies, dass Wissenschaft notwendigerweise vorrangig Wissen liefert, das der kapitalistischen Produktionsweise nützt. Genauso ist es klar, dass früher im Feudalismus anders geforscht wurde, als dies jetzt der Fall ist und ebenso wird im Sozialismus die Wissenschaft eine andere Ausprägung annehmen. In Klassengesellschaften sind es stets die Interessen der herrschenden Klasse, welche die gesellschaftliche Funktion der Wissenschaft prägen.

Fortschritte in den Wissenschaften ergaben sich zumeist aus Lösungen für Probleme, die sich der herrschenden Klasse stellten. „Gesellschaftsordnung, Industrie und Wissenschaft sind im Verständnis des Marxismus-Leninismus eng miteinander verflochten und untrennbar verbunden“, schreibt der deutsche Wissenschaftsphilosoph Hermann Ley (1970, S. 1263), der in den siebziger Jahren am philosophischen Institut der Berliner Humboldt-Universität forschte und lehrte.

Ungeachtet dieser Tatsache, versucht die gegenwärtige bürgerliche Ideologie Wissenschaft als klassenneutral darzustellen, während gerade der staatsmonopolistische Kapitalismus selbst versucht, Wissenschaft als Instrument der Klassenherrschaft zu nutzen. Marxistinnen-Leninistinnen und Marxisten-Leninisten sprechen hingegen deutlich aus, dass Wissenschaft einen Klassencharakter hat und fordern, dass Wissenschaften und Technik für die Interessen der arbeitenden Bevölkerung eingesetzt werden sollen (Ley 1970, S. 1250f).

### *b. Die Funktion der Wissenschaft im Kapitalismus*

Karl Marx kam zum Schluss, dass die Wissenschaft spätestens seit der Entwicklung der modernen Naturwissenschaften im Vorfeld der industriellen Revolution und der darauffolgenden Etablierung des Kapitalismus als global hegemoniale Produktionsweise zu einer der drei wichtigsten Produktivkräfte, neben der Arbeitskraft der Arbeiterinnen und Arbeiter sowie den Produktionsmitteln, geworden ist. „Die Entwicklung des Capital fixe zeigt an, bis zu welchem Grade das allgemeine gesellschaftliche Wissen, knowledge, zur unmittelbaren Produktivkraft geworden ist und daher die Bedingungen des gesellschaftlichen Lebensprozesses selbst unter die Kontrolle des general intellect gekommen und ihm gemäß umgeschaffen sind. Bis zu welchem Grade die gesellschaftlichen Produktivkräfte produziert sind, nicht nur in der Form des Wissens, sondern als unmittelbare Organe der gesellschaftlichen Praxis; des realen Lebensprozesses.“ (Marx 1975, S. 594). Diese Rolle der Wissenschaft als eine der drei großen Produktivkräfte wird auch von weiteren bedeutenden marxistischen Autorinnen und Autoren als ihre hauptsächliche Funktion charakterisiert. Andere Funktionen, wie etwa die Lehre an Hochschulen, leiten sich aus dieser Hauptfunktion ab.

Im Kapitalismus wird dementsprechend primär das erforscht und gelehrt, was die Profitmaximierung, das bestimmende Gesetz der kapitalistischen Produktionsweise, verbessert, erweitert oder erleichtert. Wenn wir an die obengenannten Aspekte und an unsere Lebensrealität im Rahmen des Imperialismus denken, dann sehen wir verschiedene Arten, wie Wissenschaft dem Kapital dient. Einige Möglichkeiten seien im Folgenden aufgezählt, wobei wir keinen Anspruch auf eine vollständige Klassifizierung erheben.

- Der Produktionsprozess im Kapitalismus wird durch die Wissenschaft, und zwar durch die Erforschung und Einführung neuer Technologien unmittelbar verbessert. Vor allem die klassischen Naturwissenschaften wie Biologie, Chemie und Physik leisteten und leisten noch heute bedeutende Beiträge dazu.
- Im Kapitalismus realisiert sich wissenschaftlich-technischer Fortschritt auch über Rationalisierungsmaßnahmen monopol-

kapitalistischer Konzerne. Es werden Lösungen gesucht, um die Produktion billiger oder effizienter zu gestalten. Der Taylorismus, ein Modell für die Prozesssteuerung von Arbeitsabläufen, ist dafür ein Beispiel. Wie Lenin gezeigt hat, intensivieren diese Rationalisierungsmaßnahmen die Ausbeutung der Arbeiterklasse (Lenin 1975).

- Psychologie, Statistik, Sozialwissenschaften und Informatik, um nur einige Wissenschaftsfelder zu nennen, bieten eine Reihe von Instrumenten und Denkmustern an, die in der Marktforschungs- und Werbeindustrie genutzt werden und eine schnellere und effizientere Vermarktung der produzierten Waren gewährleisten.
- Vor allem im Bereich der Medizin und der Ernährungswissenschaft, aber auch der Stadtplanung (siehe Abwassersysteme, Luftqualitätsmessungen usw.) sichern wissenschaftliche Entwicklungen auch die Reproduktionsfähigkeit der Arbeitskraft. Eine bis zu einem gewissen Grad gesunde Bevölkerung hat in der Logik der vorherrschenden profitorientierten Produktionsweise kaum Wert an sich, sondern lässt sich als Mittel für die Mehrwertproduktion und die anschließende Aneignung des Mehrwerts durch das Kapital verstehen.
- Das Kapital braucht die Trägerin und Verkäuferin der Arbeitskraft - das ist die Arbeiterklasse - nicht nur gesund, sondern auch kooperativ. Die jeweilige Produktionsweise theoretisch zu untermauern, war auch schon in vorkapitalistischen Gesellschaften eine wesentliche Aufgabe, vor allem der Geisteswissenschaften. Im Feudalismus wurde dementsprechend nicht aus Zufall die Wissenschaft vor allem von der Kirche betrieben (Bernal 1967, S. 199). Ein Beispiel aus der heutigen, kapitalistischen Welt ist die moderne Politikwissenschaft. Forschungsschwerpunkte des entsprechenden Instituts der Universität Wien sind unter anderem die Europäische Union, Osteuropaforschung mit einem Fokus auf die „Transformationsprozesse“ seit 1989, sowie die kapitalistische „Globalisierung“ (Institut für Politikwissenschaft 2023). In diesen Forschungsfeldern werden vorrangig Blickweisen reproduziert, die die herrschende Ordnung bekräftigen und nicht in Frage stellen. Progressive Ansätze, also solche, die den Kapitalismus als eine

veraltete und zu überwindende Produktionsweise auffassen, sind maximal für kleine, schlecht finanzierte Nischenprojekte relevant. Der Zusammenhang mit dem Produktionsprozess ist bei diesen Wissenschaften weniger unmittelbar, die Ergebnisse sind nicht direkt gewinnbringend verwertbar, wie es etwa bei den klassischen Naturwissenschaften der Fall ist. Aber die kapitalistische Produktionsweise wird durch eine solche Forschung gerechtfertigt, somit stabilisiert und für die Zukunft zementiert. Langfristig werden die Profite der Kapitalisten dadurch gesichert.

- In der Zeit des Imperialismus, in der es den Herrschenden ein grundlegendes Anliegen ist, die Kontrolle über Märkte und Transportwege auszudehnen, haben Forschungsbereiche wie Informatik und Telekommunikation zu der Entwicklung manipulierbarer Kommunikationstechnologien entscheidend beigetragen. Wir können uns alle an die Rolle von digitalen Kommunikationsplattformen in der Befehung von Bürgerkriegen, wie dem Arabischen Frühling, oder der Manipulation der Öffentlichkeit und speziell der Diffamierung politischer Gegner – vor allem von Kommunistinnen und Kommunisten – erinnern. Eines der aktuellsten Beispiele dafür ist die israelische Firma „Team Jorge“, welche mittels solcher Technologien weltweit wohl zumindest 27 Wahlen beeinflussen konnte (Obermaier et al. 2023).
- In Fällen, in denen Manipulation und Diffamierungen nicht mehr genügen, um die eigenen Interessen durchzusetzen, kann es für bürgerliche Staaten nötig werden, Profite im Ausland militärisch zu erkämpfen. Verschiedene Wissenschaftsdisziplinen haben dabei die Entwicklung einer Vielfalt an Kriegstechnologien unterstützt bzw. beim Fortschritt dieser Waffensysteme geführt.
- Profite sind aber vor allem im Inland und zwar beständig zu schaffen. Zu diesem Zweck gibt es eine Reihe von Technologien, die das bestehende System und die herrschende Klasse in turbulenten Zeiten verteidigen. Diese reichen von banalen Elektroschockern und Wasserwerfern bis zu State-of-the-Art Roboterhunden, die mit ambivalenten und offenen Einsatz- und Entwicklungsmöglichkeiten verbunden sind (Heitzer 2022). Die Technologien lassen sich als Umsetzung und Kombination von Kenntnissen ver-

schiedener Disziplinen wie Physik, Informatik und Maschinenbau auffassen.

- Wenn neue Märkte sich unter Kontrolle einer bzw. mehrerer imperialistischer Mächte befinden und die Arbeiterklasse im In- und im Ausland effektiv unterdrückt bleibt, braucht das Kapital weitere Investitionsmöglichkeiten. Mehrere Forschungsgebiete beschäftigen sich mit diesem Bedarf des Kapitals, unter anderem Bereiche der Wirtschaftswissenschaften sowie der Statistik. Erforscht werden neue Methoden der finanzkapitalistischen Investition, beispielsweise Methoden für die sogenannte „Portfoliooptimierung“ oder das Risikomanagement. Am Statistik-Institut der Universität Wien beschäftigt sich ein Großteil der Forschungsgruppen mit solchen oder ähnlichen Themen (Institut für Statistik und Operations Research 2023).

Natürlich stehen einige dieser Punkte nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit der Produktion. Mitunter beziehen sie sich auf die Distribution oder die Vermarktung, die selbst jedoch wiederum von der Produktion bestimmt werden. Oder sie dienen der Zementierung der kapitalistischen Produktionsweise für die Zukunft. „Was wir betonen wollen ist, dass im Kapitalismus das Kapital, nach der Richtschnur des kapitalistischen Gewinns bestimmt, was, wie, wann und wie viel produziert wird. Dasselbe Kriterium bestimmt die Ausrichtung und die Verwertung der wissenschaftlichen Forschung.“ (Papadopoulos 2018, eigene Übersetzung).

Anzumerken ist hier noch, dass die Beziehung der Wissenschaft im Allgemeinen bzw. der entsprechenden Forschungsbereiche und Disziplinen zur Produktion keine einseitige ist. Die Wissenschaft dient nicht nur der Produktion, sondern umgekehrt dient die Produktion auch der Wissenschaft. Erst durch sie erhält die Wissenschaft ihren Zweck und ihr Material.

### *c. Widersprüche der Wissenschaft im Kapitalismus*

Der bürgerliche Wissenschaftsbetrieb ist längst unter die Gesetze der Kapitalverwertung geraten und reproduziert dieselben sozialen Ver-

hältnisse, die aus den grundlegenden Bedingungen der kapitalistischen Produktionsweise entstanden sind. Die jetzige Wissenschaft selbst ist somit von dem grundlegenden Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital bestimmt. Denn durch die Funktion der Wissenschaft als Produktivkraft unterliegt sie zunehmend der Tendenz ihrer Verwandlung in Kapital. Gleichzeitig nimmt die Arbeit in der Wissenschaft im Vergleich zu früheren Gesellschaftsformationen mehr und mehr den Charakter der Lohnarbeit an. Aufgrund dieser Gegensätze, die sich mit fortschreitender Monopolisierung der Wirtschaft auch im Wissenschaftsbetrieb zuspitzen, ist auch die Wissenschaft ein notwendiger Austragungsort für den Klassenkampf (Bohring und Mocek 1967).

Die Ausrichtung der Wissenschaft wird im gegenwärtigen System von kapitalistischen Interessen geprägt, was wiederum in vielen Bereichen den wissenschaftlichen Fortschritt hemmt. So verlangen beispielsweise die Richtlinien für Wissenschaft und Forschung der EU, dass in der Forschung mehr auf Konkurrenz gesetzt wird. Diese strukturellen Richtlinien führen dazu, dass Teams während des Forschungsprozesses ihre Ergebnisse voreinander verbergen. Da die Universitäten und die wissenschaftliche Forschung nicht staatlich ausfinanziert sind, ist das Einwerben von Drittmitteln für viele Forschungsbereiche eine normale Voraussetzung. Somit bestimmen die Verwertungsmöglichkeiten direkt mit, welche Projekte beforscht werden und welche nicht. Man hat es mit einer direkten Unterwerfung unter die Interessen des Kapitals zu tun. Der freie Meinungs austausch zwischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie die intellektuelle Produktion neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse zum Nutzen des gesellschaftlichen Wohlergehens wird untergraben (Papadopoulos 2018). Die kapitalistischen Produktionsverhältnisse sind mittlerweile zur hemmenden Kraft geworden, welche die Entwicklung der Produktivkräfte (also auch der Wissenschaft) bremst.

Aber nicht nur die direkten Kapitalinteressen und die Konkurrenz innerhalb der Disziplinen hemmen den Fortschritt in der Wissenschaft, sondern auch, dass Erkenntnisse für andere Wissenschaftsdisziplinen nicht fruchtbar gemacht werden. Auch die bürgerlichen Ideologien übernehmen mittlerweile diese Kritik und fordern unter

dem Schlagwort der „Interdisziplinarität“ einen vermehrten Austausch zwischen den einzelnen Disziplinen. Wie aber schon an den Studienplänen ersichtlich wurde, die in den letzten Jahren in Kraft getreten sind, sind solche Ansätze nur auf dem Papier zu finden und werden in der realen Forschung und Lehre in vielen Bereichen sogar zurückgebaut. Um jedoch eine Entfaltung der Wissenschaften zu ermöglichen, wäre unbedingt darauf zu achten, dass Forschungsergebnisse für andere Forschungsbereiche zur Verfügung gestellt werden, denn „[die] Vereinigung der unterschiedlichen Disziplinen und die notwendige Berücksichtigung der Gesellschaftswissenschaften durch Natur- und technische Wissenschaften, dieser aber ebenso durch die gesellschaftswissenschaftlichen Gebiete ist ein Kennzeichen der Entwicklung des sozialistischen Bewusstseins. Eine Trennung, wie sie die imperialistische Ideologie beibehalten und verewigen möchte, nutzt der Klasse der Kapitalisten. Eine Vereinigung der Disziplinen ist selbst Produktivkraft und gesteigerte Effektivität, entspricht den grundlegenden Prinzipien der Weltanschauung der Arbeiterklasse.“ (Ley 1970, S. 1267).

#### *d. Die Funktion der Wissenschaft im Sozialismus*

Die Funktion der Wissenschaft im Sozialismus, als einer nicht-lassenlosen Gesellschaft, wird zumindest in der Struktur deckungsgleich bleiben: Die Hauptfunktion wird die Bereitstellung des Wissens sein, das die (Re-)Produktion des menschlichen Lebensprozesses garantiert. Und wie auch schon im Kapitalismus wird das Ziel, sowie die Methoden der Forschung von der herrschenden Klasse bestimmt werden. Nun ist dies genau der springende Punkt und dort lässt sich der Unterschied zur kapitalistischen Wissenschaft finden. Die im Kapitalismus ausgebeutete Arbeiterklasse beherrscht im Sozialismus den Staat und ist im Besitz der Produktionsmittel. Im Sozialismus dient die Wissenschaft der wachsenden Befriedigung der materiellen und kulturellen Bedürfnisse aller Werktätigen (Fiedler et al. 1980, S. 422). Im Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) stand dazu: „Die Wissenschaft leistet einen ständig wachsenden Beitrag zur planmäßigen Vervollkommnung der Produktion und zur Entwicklung des materiellen und geistig-kulturellen Lebens al-

ler Werktätigen. Sie fördert den Wohlstand, die Gesundheit und die geistigen Bedürfnisse der Menschen im Sozialismus.“ (Fiedler, 1980, S. 422)

Im Kapitalismus dient Wissenschaft nur dann der Befriedigung der Bedürfnisse der Arbeiterklasse und der Volksschichten, wenn diese Bedürfnisse mit entsprechender Kaufkraft ausgestattet sind. Nur so „lohnt“ sich für die Kapitalisten die Forschung in einem Zweig. Im Gegensatz dazu sind die Bedürfnisse der Arbeiterklasse und Volksschichten im Sozialismus der unmittelbare Motivator für den Wissenschaftsbetrieb.

Aus dieser Funktion der Wissenschaft im Sozialismus ist jedoch nicht abzuleiten, dass die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler lediglich bestimmte konkrete Probleme, die im Produktionsprozess entstehen, zu lösen versuchen. Eine solche Reduzierung der Wissenschaft auf Auftragsforschung würde langfristig vielmehr dazu führen, dass solche konkreten Probleme viel schlechter gelöst werden können. So wurde beispielsweise auch im Programm der SED der Grundlagenforschung eine zentrale Rolle zugesprochen (Fiedler, 1980, S. 423).

Im Sozialismus wird es eine staatlich ausfinanzierte Grundlagenforschung geben und einen Wissenschaftsbetrieb, der den freien Austausch von Ideen und Forschungsergebnissen ermöglicht. Während im Kapitalismus auch die soziale Herkunft maßgeblich bestimmend dafür ist, wem nach dem Selektionsvorgang durch die Schulen überhaupt Zugang zur Arbeit in der Wissenschaft ermöglicht wird, kommen im Sozialismus die Forschenden aus der Arbeiterklasse und es gibt keine Diskriminierung aufgrund der sozialen Herkunft. Die Ergebnisse von Forschungsgruppen werden nicht mehr den Interessen des Kapitals dienen, sondern sich direkt nach den Erfordernissen der Arbeiterklasse sowie der werktätigen Volksschichten richten, womit die Wissenschaft ihren kooperativen Charakter entfalten kann und ihre Ergebnisse sowohl zwischen den einzelnen Forschungsgruppen als auch über die Disziplinen hinweg fruchtbar gemacht werden können.

*e. Eine „kapitalistische“ und eine „sozialistische“ Wissenschaft?*

Ausgehend von dieser Analyse müssen wir von einer Ambivalenz der Wissenschaft ausgehen, sowohl was ihre Anwendung als auch ihre Wirkung betrifft (Ley 1970, S. 1251). So ist der menschengemachte Klimawandel ein Faktum, dessen Erkenntnis aus wissenschaftlicher Arbeit gewonnen wurde. Welche Fragestellungen nun darauf aufbauend beforscht werden, hängt maßgeblich vom Klassencharakter der zugrundeliegenden Gesellschaft ab. So kann geforscht werden, wie diese Erkenntnis im Sinne des Monopolkapitals angewandt werden kann, welches das Ziel hat, mit neuen Energieformen maximale Profite zu erwirtschaften. Das Wissen um die menschengemachten Veränderungen des Ökosystems könnte in einem sozialistischen System allerdings auch im Sinne der Arbeiterklasse genutzt werden, um eine lebenswerte Umwelt (wieder-)herzustellen, die eine Produktion auf hohem Niveau ermöglicht (Partei Vorstand der PdA 2022).

„Man kann daher mit dem in der DDR veröffentlichten Wörterbuch der marxistisch- leninistischen Philosophie formulieren, dass es in der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus ‘eine sozialistische und eine kapitalistische’ Wissenschaft gibt, ‘die sich wesentlich voneinander unterscheiden, weil sie Elemente entgegengesetzter Gesellschaftssysteme sind. Das bezieht sich jedoch nicht auf den objektiven Inhalt der Erkenntnisse, die eine relativ adäquate Widerspiegelung der Eigenschaften, Strukturen und Gesetzmäßigkeiten bestimmter Objektbereiche sind. In diesem Sinne gibt es natürlich keine sozialistische oder kapitalistische Physik, Biologie, Chemie, usw.’” (Partei Vorstand der PdA 2022).

Wir betrachten die Gesamtheit der Wissenschaften als ein wichtiges Moment der progressiven Bewegung und müssen deren Erkenntnisse mit der revolutionären Klasse verbinden. „Die Produktivkraft Wissenschaft ist kein Instrumentarium unter anderem, sondern wesentlicher Aspekt der ökonomischen Konzeption der Partei der Arbeiterklasse.“, schreiben die Wissenschaftshistoriker Günther Bohring und Reinhard Mocek (1967, S. 706). Doch auch die bürgerliche Ideologie fühlt sich der Wissenschaft verpflichtet und versucht diese im Kampf gegen den Marxismus zu nutzen (Ley 1951, S. 1252ff).

## **Ideologie und Wissenschaft**

### *a. Prognosen über gesellschaftliche Entwicklungen*

Diese Nutzbarmachung der Wissenschaft durch die vorherrschende bürgerliche Ideologie geschieht mittels verschiedener Strategien. Eine davon ist die Ablehnung von Versuchen, Prognosen über die Entwicklung der Gesellschaft zu erstellen. Mit der Negierung von Gesetzmäßigkeiten auf diesem Gebiet fällt die Wissenschaft allerdings auf vormalistische Positionen zurück. Gesamtgesellschaftliche Gesetzmäßigkeiten werden heruntergespielt und Erkennbarkeiten auf möglichst kleine Teilbereiche beschränkt, dies ist insbesondere in den Geschichts- und Politikwissenschaften festzustellen. Auf diese Art kann einerseits massenhaft Wissen produziert und gelehrt werden, während andererseits von der eigentlichen Funktion der Wissenschaft im staatsmonopolistischen Machtapparat abgelenkt wird, Produktionsverhältnisse verschleiert werden und der Einfluss von Klassen auf die Menschheitsgeschichte bestritten wird, womit ein Gefühl des Ausgeliefertseins produziert wird, das die Menschen in Passivität drängt. Gleichzeitig wird eine angebliche Entideologisierung der Wissenschaften diagnostiziert, um die dahinterliegenden Mechanismen zu verschleiern (Ley 1951, S. 1252ff). Es ist ein Ausdruck reaktionärer Klasseninteressen, der Wissenschaft eine Neutralität und somit eine Sonderstellung zuzusprechen, die außerhalb der politischen Interessen stehen würde (Ley 1951, S. 1269).

### *b. Charakter der Natur- und Geisteswissenschaften*

Eine Gesellschaftswissenschaft in Klassengesellschaften analysiert notwendigerweise die Existenzbedingungen von Klassen und rechtfertigt entweder deren Erhaltung oder argumentiert die Notwendigkeit ihres Untergangs. Bei den Naturwissenschaften werden Phänomene der Natur und nicht Phänomene der Gesellschaft untersucht. Diese hängen offensichtlich nicht unmittelbar von Klasseninteressen ab (Fiedler et al. 1980, S. 415). Lenin beschrieb deshalb schon die Sonderstellung der Naturwissenschaften anhand eines Beispiels: „Würden geometrische Axiome an menschliche Interessen rühren, so würde man sicherlich versuchen sie zu widerlegen.“ (Lenin 1970, S. 19)

In letzter Instanz beeinflusst die vorherrschende Ideologie einer bestimmten Gesellschaftsformation jedoch auch die Naturwissenschaft, beispielsweise in Bezug auf die Auswahl des Forschungsgegenstandes, die Zwecksetzung der Arbeit oder die Bestimmung der Forschungsmittel und Forschungsmethoden (Fiedler et al. 1980, S. 415). Um es mit Friedrich Engels zu sagen: „Die Naturforscher mögen sich stellen, wie sie wollen, sie werden von der Philosophie beherrscht. Es fragt sich nur, ob sie von einer schlechten Modephilosophie beherrscht werden wollen oder von einer Form des theoretischen Denkens, die auf der Bekanntschaft mit der Geschichte des Denkens und mit deren Errungenschaften beruht.“ (Engels 1975, S. 480).

Der Zusammenhang zum kapitalistischen Produktionsprozess verläuft bei den Naturwissenschaften, wie im vorherigen Kapitel angesprochen, sehr unmittelbar und bei den Gesellschaftswissenschaften indirekt. Beim Zusammenhang zum Überbau dieser kapitalistischen Produktionsweise, also der bürgerlichen Ideologie, verhält es sich gewissermaßen umgekehrt: Der Zusammenhang mit den Geisteswissenschaften ist unmittelbar, der Zusammenhang mit den Naturwissenschaften dagegen verläuft indirekt.

### *c. Fehlende Kategorien*

Eine weitere wichtige Weise, wie die bürgerliche Ideologie den wissenschaftlichen Prozess beeinflusst, ist die Auswahl der verwendeten Forschungsvariablen/Kategorien. Da die bürgerliche Wirtschaftswissenschaft beispielsweise das Mehrwertmodell ablehnt, kann für sie die Kategorie der „Ausbeutung“ im marxistischen Sinne offensichtlich nicht existieren. Studien bürgerlicher Ökonominen und Ökonomen, beispielsweise zur Reallohnentwicklung, die diese Kategorie nicht verwenden, sind somit zumindest unvollständig, mögen sie noch so gründlich und seriös durchgeführt worden sein. Der hauptsächliche Grund, wieso die absoluten Gewinne der Unternehmen historisch langfristig konstant stiegen, die Reallöhne aber nicht (steigende Ausbeutungsrate), wird ignoriert (Godwin et al 2014, S. 209).

Ebenso sind Studien beispielsweise über die Preisentwicklung mitunter sicher interessant und liefern bedeutsame Erkenntnisse, sind jedoch unvollständig, wenn als einzige Variablen Angebot und Nachfrage verwendet werden, wie in der modernen bürgerlichen Wirtschaftswissenschaft üblich. Wo sich Warenpreise bei langfristig gegenseitig ausgleichenden Schwankungen von Angebot und Nachfrage ansiedeln, beantwortet die marxistische Ökonomie (Marx 2014, S. 57). In der modernen bürgerlichen Wirtschaftswissenschaft, bleibt das gewissermaßen ein Mysterium.

Dass in vielen Forschungsartikeln auch Ideen für „praktische Implikationen“ gegeben werden, ist nicht verwunderlich. Die meisten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler wollen mit ihren Arbeiten Beiträge leisten, die gesellschaftlich in irgendeiner Art und Weise nutzbar sind. Naiv könnte man hier mitunter meinen, dass Armutsstudien eigentlich mit dem Aufruf enden müssten, die kapitalistische Produktionsweise zu beenden. Doch wenn diese Forschungsarbeiten bestimmte marxistische Kategorien gar nicht erst verwenden, so können sie notwendigerweise nicht zu diesem Schluss gelangen.

## **Schlussfolgerungen**

Kann man der Wissenschaft im Kapitalismus nun vertrauen? Aufbauend auf den zuvor beschriebenen Zusammenhängen der Wissenschaft einerseits mit dem kapitalistischen Produktionsprozess und andererseits mit der bürgerlichen Ideologie, stellen wir die folgenden Thesen auf, um diese Frage zu beantworten.

Um die „Vertrauenswürdigkeit“ einer konkreten im Kapitalismus erarbeiteten wissenschaftlichen Erkenntnis zu beurteilen, ist deren Verknüpfung mit der bürgerlichen Ideologie genauer zu untersuchen. Eine wissenschaftliche Hypothese stützt sich in der Regel auf gewisse Axiome, von denen ausgegangen wird und deren Wahrheit nicht hinterfragt wird. Das ist notwendig, um eine Weiterentwicklung in den Wissenschaften gewährleisten zu können und sich nicht ewig mit Grundsatzdebatten aufzuhalten. Sind diese Axiome

jedoch Ausdruck bürgerlicher Klasseninteressen, und somit einer reaktionären Ideologie, welche die Aufrechterhaltung des Kapitalismus zu begründen versucht, obwohl dessen progressives Potential längst in der Vergangenheit liegt, so sind die darauf aufbauenden Hypothesen kritisch zu hinterfragen, zu prüfen und, wenn notwendig, zu verwerfen. Kommt man aufbauend auf der dialektisch-materialistischen und marxistischen Weltanschauung zu deckungsgleichen Schlüssen, so sind die im Kapitalismus gewonnenen wissenschaftlichen Erkenntnisse anzunehmen.

Wie im Text dargelegt, entspringen wissenschaftliche Erkenntnisse im Kapitalismus grundlegend den Bedürfnissen der herrschenden kapitalistischen Klasse. Um nun die Sinnhaftigkeit der Umsetzung dieser wissenschaftlichen Erkenntnisse im Kapitalismus zu beurteilen, ohne unbedingt über eine entsprechende Fachbildung zu verfügen, müssen die Erkenntnisse auf die zugrundeliegenden Interessen hin analysiert werden. Wenn wir den Zweck der wissenschaftlichen Forschung und der Ergebnisse erkennen, können wir auch beurteilen, inwieweit diese Erkenntnisse zu befolgen sind, inwieweit die von den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern vorgeschlagenen praktischen Konsequenzen auch im Sinne der Arbeiterklasse sind.

Mit der Produktivkraft ‚Wissenschaft‘ ist somit keineswegs ein Instrumentarium gefunden, mit dem ohne Weiteres objektive Entscheidungen getroffen werden können oder aus dem sich politische Handlungen wie selbstverständlich ergeben. Denn die Befreiung von Ausbeutung kann nicht dadurch erreicht werden, dass „einfach“ wissenschaftliche Erkenntnisse befolgt werden. „Auch mit der umfassenden Nutzung der Wissenschaft als Produktivkraft müssen die Menschen ihre Geschichte selbst machen“ (Bohring/Mocek, S. 713). Die Arbeiterklasse liegt nicht auf dem richtigen Weg, sobald sie der Wissenschaft „einfach“ folgt. Sie muss diese vielmehr als Werkzeug nutzen, um ihre Klasseninteressen zu verfolgen. Die reaktionäre ideologische Funktion einer entgegengesetzten Konzeption zielt darauf ab, der Wissenschaft den Schein der Verantwortung für die gesellschaftliche Entwicklung zu suggerieren, womit von den realen geschichtlichen Triebkräften abgelenkt wird und somit eine Entpolitisierung befördert wird. Der Wahrheitsgehalt sowie auch die praktischen Implikationen von For-

schungsergebnissen müssen von uns gründlich analysiert und in Relation zu den Interessen des Proletariats gesetzt werden.

Um wissenschaftliche Texte jedoch überhaupt verstehen beziehungsweise diese sogar hinterfragen und kritisieren zu können, ist in der Regel ein gewisser Grad an wissenschaftlicher Ausbildung in dem jeweiligen Gebiet vonnöten. Keine Person in unserer Partei (und auf diesem Planeten) verfügt in jeder Einzelwissenschaft über die dafür notwendige (Aus-)Bildung. Wir müssen daher auf die Einschätzungen unserer Genossinnen und Genossen in der Partei bauen, sowie auf aktuelle sowie historische Erkenntnisse der internationalen kommunistischen Bewegung.

Ein Beispiel: Die Erkenntnis der Notwendigkeit einer schnellen Impfstoffentwicklung für Covid-19 wurde nicht nur in kapitalistischen Staaten, sondern auch im sozialistischen Kuba gewonnen. Eine Anzweiflung dieser Erkenntnis muss alleine aufgrund dieser Tatsache für uns Kommunistinnen und Kommunisten, auch wenn wir mitunter über keine pharmazeutischen, epidemiologischen oder medizinischen Fachkenntnisse verfügen, als reaktionär gelten.

Auch sozialistische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Parteien sowie ganze Staaten können sich natürlich irren (erstere tun das wahrscheinlich schneller und öfter als letztere). Wissenschaftliche Erkenntnisse im Kapitalismus zu hinterfragen, die von sozialistischen Wissenschaftlerinnen, Wissenschaftlern, Parteien und Staaten angenommen werden, müsste konsequenterweise jedoch im radikalen Skeptizismus enden, der die Möglichkeit von Erkenntnisgewinn überhaupt verneint. Als Kommunistinnen und Kommunisten muss für uns jedoch klar sein, dass die Welt erkennbar und veränderbar ist.

### **Literaturverzeichnis**

Bernal, John Desmond (1967): Die Wissenschaft in der Geschichte, Berlin, Verlag: VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften.

Bohring Günther/Mocek Reinhard (1972): Arbeiterklasse und Produktivkraft Wissenschaft. In: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, Bd. 20, (Heft 6), S. 697 – 717.

Engels, Friedrich (1975): Dialektik der Natur. In: Marx Engels Werke. (Bd. 20), Berlin, Verlag: Dietz, S. 305 – 684.

Fiedler, Frank/Finger, Otto/Friedrich, Horst/Kosing, Alfred Ruhnow, Martin/Steußloff, Hans (Hrsg. 1980): Dialektischer und Historischer Materialismus, Lehrbuch für das marxistisch-leninistische Grundlagenstudium, Berlin, Verlag: Dietz.

Godwin, Neva/Harris, Johnatan/Nelson, Julie/Torras, Mariano/Ackerman, Frank/Weisskopf, Thomas/Roach, Brian (2014): Markets for Labor. In Herausgeber: Microeconomics in Context (Edition 3), New York, Verlag: Routledge, S. 187 – 216.

Heitzer, Jonas (2022: Boston Dynamics: Keine Bewaffnung von Roboterhunden?, in: derstandard online , <https://www.derstandard.at/story/2000139767658/boston-dynamics-keine-bewaffnung-von-roboterhunden>, erschienen: 7. Oktober 2022, zuletzt geprüft am: 26.03.2023.

Lenin, Wladimir Iljitsch (1975): A “Scientific” System of Sweating. In: Lenin Collected Works (Volume 18), S. 594 – 595, Moskau. Online verfügbar unter: : <https://www.marxists.org/archive/lenin/works/1913/mar/13.htm> zuletzt geprüft am 26.03.2023.

Lenin, Wladimir Iljitsch (1970): Marxismus und Revisionismus. In: Lenin Werke (Bd. 15), S.17 – 28, Berlin, Verlag: Dietz.

Ley, Hermann(1970): Zum Klassencharakter der Funktion von Wissenschaft. In: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, Bd. 18, (Heft 10), S. 1250 – 1269..

Marx, Karl (1953): Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Berlin, Verlag: Dietz.

Marx, Karl (2014) Lohn, Preis, Profit. Lohnarbeit und Kapital, Berlin, Verlag: Holzinger.

Obermaier, Frederik/Obermayer, Bastian/Schmid, Fabian (2023): Wahlmanipulation: So mächtig ist das Geheimunternehmen „Team Jorge“. In: derstandard online, online verfügbar unter:, <https://www.derstandard.at/story/2000143568001/wahlmanipulation-so-maechtig-ist-das-geheimunternehmen-team-jorge> ,erschieden: 15. Februar 2023, zuletzt geprüft am: 26.03.2023.

Papadopoulos, Makis (2018): Wissenschaft und Forschung: Im Dienst des kapitalistischen Profits oder der Bedürfnisse des Volkes? Zentrale Rede bei der wissenschaftlichen Tagung der KKE in Genf am 01.12.2018,.

Partei Vorstand der PdA (2022): Die Arbeiterklasse wird das Gleichgewicht zwischen Mensch und Natur wiederherstellen und weiterentwickeln. Antrag an den 5. Parteitag der Partei der Arbeit Österreich, Wien.

Institut für Statistik und Operations Research (o.J.): Universität Wien: Homepage des Department of Statistics and Operations Research, online abrufbar unter: <https://isor.univie.ac.at/research/working-groups/>, zuletzt geprüft am: 26.03.2023.

Institut für Politikwissenschaft (o.J.): Universität Wien, Homepage des Instituts für Politikwissenschaft, online verfügbar unter: <https://politikwissenschaft.univie.ac.at/forschung/forschungsschwerpunkte/>, zuletzt geprüft am 26.03.2023.

# Die Arbeiterklasse wird das Gleichgewicht zwischen Mensch und Natur wiederherstellen und weiterentwickeln

*Resolution des 5. Parteitag der PdA, beschlossen am 5. Parteitag der Partei der Arbeit Österreichs, Wien, 23. April 2022.*

„Natur und Geschichte sind die beiden Komponenten, durch die wir leben, weben und sind.“ (Friedrich Engels)

## Über die Geschichte der Zukunft

Die PdA ist die kommunistische Partei der Arbeiterklasse. Die Arbeiterklasse wiederum ist die Klasse der Zukunft. Dementsprechend der Zukunft zugewandt und optimistisch ist die PdA – wie die Parteien unserer marxistisch-leninistischen Tradition seit jeher. Der politische Horizont der Kommunistinnen und Kommunisten reicht nicht etwa nur bis zum nächsten Wahlgang, sondern bis zum voll entwickelten Sozialismus-Kommunismus. So kommt in den Blick, dass manche der natürlichen Lebensbedingungen künftiger Generationen schon heute durch den Kapitalismus bedroht oder zerstört werden. Sämtliche durch die kapitalistische Profitorientierung verursachten Beschädigungen des humanökologischen Gleichgewichts sind Angriffe auf die Arbeiterklasse und die Völker.

Der Kapitalismus tut nach wie vor, was er am besten kann: Dem Maximalprofit nachjagen, koste es was es wolle. Diese rücksichtslose Profitorientierung hat schon bisher massive Störungen des ökologischen Gleichgewichts mit sich gebracht. Der gegenwärtige Klimawandel ist dafür nur das extremste Beispiel. Der Weg seiner Eindämmung

wird nur beschränkt, soweit es profitabel ist, er ist gesäumt von weiteren Eingriffen in die natürlichen Lebensbedingungen zahlreicher Menschen und seine Kosten werden auf dem Rücken der Werktätigen ausgetragen.

Der Kapitalismus wird auch weiterhin versuchen, was er nicht lassen kann: Mittels Zuckerbrot und Peitsche an der Herrschaft bleiben, koste es was es wolle. Mit grünen Ideologien werden Arbeiterinnen und Arbeiter eingekullt, um sie in einen noch graueren Arbeitsalltag zu zwingen und von roten Kräften zu isolieren. Es ist ein verzweifelter und zerstörerischer Kampf gegen den unvermeidlichen Untergang. Denn man kann den Fortgang der Geschichte nicht aufhalten.

Der Sozialismus wird den Kapitalismus ablösen. Er wird das Privateigentum durch gesellschaftliches Eigentum ersetzen. Er wird die Anarchie der Monopole durch die zentrale gesellschaftliche Planung ersetzen. Er wird sich an den zeitgemäßen Bedürfnissen der Arbeiterklasse und des ganzen Volkes statt am Maximalprofit einer parasitären Klasse orientieren. Mit dieser Perspektive kann die Arbeiterklasse auch die Bedürfnisse nach einer intakten und sauberen natürlichen Umwelt einbeziehen. Diese werden dann nicht mehr durch Profitinteressen korrumpiert. Wirkliche „Nachhaltigkeit“ in Wirtschaft und Gesellschaft wird erst im Sozialismus umfassend möglich.

Im Sozialismus wird die Arbeiterklasse das humanökologische Gleichgewicht wiederherstellen. Sie wird dabei allerdings nicht stehenbleiben. Gemäß den wachsenden gesellschaftlichen Bedürfnissen und den wachsenden technischen Möglichkeiten, gemäß den Entwicklungen in der Natur und gemäß den Gesetzen der Natur, der Gesellschaft und des Denkens wird die Arbeiterklasse das Verhältnis zwischen Mensch und Natur stetig und tätig weiterentwickeln.

## **Über das Verhältnis zwischen Mensch und Natur**

Der Mensch ist ein Naturwesen. Aber nicht nur: Kraft seiner Arbeit hat er sich seine eigene, spezifisch menschliche Welt erschaffen. Indem der Mensch „auf die Natur außer ihm wirkt und sie verändert, verändert er zugleich seine eigene Natur“ (Marx). Der Mensch ist also

nicht nur Naturwesen, sondern auch soziales, geschichtliches Wesen. Er steht dabei in einem steten Stoffwechsel mit der Natur, welche „ebenso sehr die Quelle der Gebrauchswerte“ ist „als die Arbeit, die selbst nur die Äußerung einer Naturkraft ist, der menschlichen Arbeitskraft“ (Marx).

Mit Friedrich Engels ist zu betonen, dass wir Menschen „keineswegs die Natur beherrschen, wie jemand, der außer der Natur steht – sondern dass wir mit Fleisch und Blut und Hirn ihr angehören und mitten in ihr stehn, und dass unsre ganze Herrschaft über sie darin besteht, im Vorzug vor allen anderen Geschöpfen ihre Gesetze erkennen und richtig anwenden zu können“.

Mit dem Menschen als natürlichem und geschichtlich-sozialem Wesen im Mittelpunkt ist der Marxismus ein Humanismus. Der marxistische Humanismus beginnt, wo die marxistische Religionskritik endet: Bei der Lehre, „dass der Mensch das höchste Wesen für den Menschen sei, also mit dem kategorischen Imperativ, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“ (Marx).

Dieser Humanismus, dem der Mensch das höchste aller Wesen ist, bedeutet aber nicht, anderes Leben blind zu unterwerfen. Ganz im Gegenteil: Der Mensch selbst stellt sein Verhältnis zur Natur und zu Naturdingen immer wieder neu infrage. Das Bedürfnis, andere Lebewesen in einer bestimmten Weise zu behandeln oder nicht, ist sein eigenes, ein menschliches Bedürfnis. Mit dem Fortschritt der menschlichen Zivilisation entwickelt sich auch dieses Bedürfnis weiter. Im Sozialismus-Kommunismus kann es sich frei von den Zwängen der Klassengesellschaft entfalten.

Die zentrale und wissenschaftliche Planung der gesellschaftlichen Bedürfnisbefriedigung im Sozialismus-Kommunismus modifiziert das Studium der Folgen von Entscheidungen für die Natur und das menschliche Verhältnis zur Natur. Ökologische Folgenabschätzungen werden nicht mehr durch privatwirtschaftliche Interessen und Lobbyarbeit getrübt, sondern als fester Bestandteil jeglicher Wirtschaftsentwicklung wissenschaftlich erhoben und analysiert. Der langjährige Präsident der Sowjetischen Akademie der Wissenschaften, M. W. Kel-

dysch, hat betont, wie wichtig es sei, in der Naturwissenschaft nicht nur die Struktur der Materie und die Möglichkeiten ihrer Umgestaltung zu erforschen, sondern auch die Folgen dieser Umgestaltung. Dem österreichischen Kommunisten Walter Hollitscher folgend geht es dabei um die Frage, „was zu tun ist, um das durch den Missbrauch der technologischen Kräfte der Naturwissenschaften als unmittelbare Produktivkräfte der Gesellschaft gestörte Gleichgewicht – ein gestörtes Gleichgewicht der Forschung wie ihres Gegenstandes! – wieder zu balancieren, und zwar unter dem Gesichtspunkt der Lebens- und Glücksinteressen aller Menschen“.

### **Über Entwicklung und Gleichgewicht**

Die Natur befindet sich, ebenso wie die Gesellschaft, in steter Entwicklung. Auch jedes ihrer Teile, jedes wirkliche Ding bewegt und entwickelt sich unentwegt. Zu jeglicher Entwicklung gehört jedoch ebenso ein relatives Gleichgewicht, zu welchem es in Relation steht. Störungen von Gliedern des Gleichgewichts oder materielle Einwirkungen von außen können wiederum Störungen des Gleichgewichts mit sich bringen. Es gerät dann unter Druck, latente Widersprüche kehren hervor und stoßen Entwicklungen an. Diese führen früher oder später zu einem neuen Gleichgewicht oder aber zur Auflösung des Dings in seine Bestandteile.

Die Natur hat eine innewohnende Dialektik, die zur Entwicklung immer komplexer organisierter Materie führt. Aber sie hat keine Meinung darüber, welches Gleichgewicht oder welche Entwicklung gut oder schlecht seien. Sie sind gut oder schlecht zu etwas oder für jemanden – diese Bewertung ist dem menschlichen Bewusstsein vorbehalten.

Der Kapitalismus hat Störungen des humanökologischen Gleichgewichts bewirkt, deren Bewertung vom Standpunkt der Arbeiterklasse leicht fällt: Sie bedeuten eine Verschärfung sämtlicher innerkapitalistischer Widersprüche auf dem Rücken der Arbeiterklasse und der Völker. Sie bedeuten Armut, Hunger, Durst, Krieg, Flucht, Unterdrückung.

Die Probleme des Klimawandels oder des Artensterbens können nicht beiseite gewischt werden, indem man auf die Evolution verweist, die schon ihren Weg zu einem neuen Gleichgewicht finden würde. Zwar wird sie zweifellos ihren Weg finden. Auch der Mensch wird den Weg zum Sozialismus finden und die Probleme lösen. Dennoch ist diese Haltung zynisch. Sie negiert unsägliches Leid ganzer Völker und Generationen, welches durch die Störungen des ökologischen Gleichgewichts verursacht wird.

Man kommt den anstehenden Problemen auch nicht bei, indem man gegenwärtige ökologische Gleichgewichtszustände pauschal zu konservieren trachtet. Diese Haltung ist idealistisch und reaktionär. Sie romantisiert vorübergehende Entwicklungsstadien der Natur und des menschlichen Verhältnisses zu ihr. Sie abstrahiert das spezifisch Menschliche vom Menschen und erklärt letztlich sein tätiges Verhältnis zur Natur insgesamt für unzulässig.

Die ökologischen Probleme können ebenso wenig beiseite gewischt werden, indem man Gleichgewichtszuständen ihre Existenz oder ihre Berechtigung in Abrede spricht. Diese Haltung ist abenteuerlich und pseudorevolutionär. Eine wahrhaft revolutionäre Haltung ist sich bestehender Gleichgewichtszustände und Entwicklungstendenzen bewusst, bewertet beiderlei nach Maßstab menschlicher Bedürfnisse und forciert sie planmäßig nach ebendiesem Maßstab.

## **Über die ökologischen Folgen des Kapitalismus**

Die kapitalistische Entwicklung verursacht die vielfältigsten Formen der Störung der gleichmäßigen Entwicklung und des Gleichgewichts zwischen Mensch und Natur: rücksichtsloser Raubbau von Ressourcen, Verschmutzung der Natur mit giftigen Abfällen, giftige Mikropartikel in der Luft, in den Böden und den Gewässern, schadstoffreiche Lebensmittel, Zerstörung von Lebensräumen, Lärm, Waldrodungen. Nicht zuletzt die zerstörerischen Kriege und die weitreichenden Folgen des Klimawandels und des Artensterbens.

Selbst im Kapitalismus gibt es auch Grenzen in der zerstörerischen Ausbeutung der Natur. Zum einen ist auch die kapitalistische Produktion den Naturgesetzen unterworfen. Von dieser Notwendigkeit, sich

Naturgegebenheiten anzupassen, einmal abgesehen, sind alle weiteren Grenzen durch Profitinteressen definiert. Manche Ausbeutung der Natur wäre zum Beispiel zu teuer, sie würde profitlimitierende Folgen mit sich bringen oder sie widerspricht den Interessen anderer Kapitalkräfte. Ausgetragen werden solche kapitalistischen Interessenskonflikte auf verschiedenen Wegen, und im Zweifelsfall durch den Staat. Dieser hat die Aufgabe, stets die Interessen der verschiedenen Kapitalkräfte entsprechend ihrer momentanen Stärke abzuwägen und auf einen umsetzbaren gemeinsamen Nenner zu bringen. Er ist dadurch der „ideelle Gesamtkapitalist“ (Engels).

Zu den Aufgaben des Staates gehört unter allen Umständen auch, das kapitalistische System aufrechtzuerhalten. Und das bedeutet, die Arbeiterklasse möglichst klein und schwach zu halten. Sie wird unterdrückt, aber auch durch Ideologien und kleine Reformen eingekullt. Das ist die Basis für eine weitere Grenze der rücksichtslosen Ausbeutung der Natur: Der Kapitalismus muss um ein ausreichend „sauberes“, „grün gewaschenes“ Gesicht bemüht sein, um Widerstand durch die Arbeiterklasse zu behindern oder gar zu verhindern. Bei diesen Grenzen geht es um die längerfristigen Profitinteressen des Kapitals, denn sie sollen dem Hinauszögern der sozialistischen Revolution dienen.

Zum Beispiel haben sich die ideellen Gesamtkapitalisten der verschiedenen Länder ein Wiener Abkommen und ein Montrealer Protokoll zum Schutz der Ozon-Schicht auferlegt. Damit wurden die Interessen von Unternehmen behindert, die FCKW weiterhin produzieren oder profitabel einsetzen wollten. Dieses „Übel“ wurde in Kauf genommen, um zu verhindern, dass eine weitere Zerstörung der Ozon-Schicht zu massiven Problemen für die Landwirtschaft geführt hätte, dass gesundheitliche Probleme unvermeidlich zu massiven, weltweiten Protesten der Arbeiterklasse und der Völker geführt hätten. Nichtsdestotrotz bleiben solche Verträge im Kapitalismus grüne Schönfärberei. Erstens wurden die beiden genannten Abkommen erst beschlossen, als es gar nicht mehr anders ging. Und zweitens werden sie seither auch nur bedingt eingehalten. Weiterhin werden FCKW emittiert, weiterhin wird die Ozon-Schicht – abgesehen vom Ozon-Loch am Südpol – dünner und 2020 wurde erstmals von einem Ozon-Loch am Nordpol berichtet.

Die Grenzen der zerstörerischen Ausbeutung der Natur sind im Ka-

pitalismus also nicht durch Bedingungen des humanökologischen Gleichgewichts definiert. Stattdessen sind sie abermals nur von den rücksichtslosen Profitinteressen des Kapitals abgeleitet.

Die kapitalistische Profitorientierung nimmt noch eine weitere Form an. Und zwar die, dass gewisse Kapitalkräfte sogar ein Interesse am Fortgang der ökologischen Folgen der kapitalistischen Wirtschaftsweise haben. Denn er eröffnet auch neue Geschäftsmöglichkeiten, für die so mancher Kapitalist schon ungeduldig mit den Hufen scharrt. Zum Beispiel durch Rohstofferschließungen oder neue Schiffrouten in Gebieten, die derzeit noch mit Eis bedeckt sind. Oder durch einen aufgrund des Insektensterbens notwendig werdenden neuen Geschäftszweig der künstlichen Bestäubung in der Landwirtschaft. Nicht zuletzt sei in diesem Zusammenhang auch die Rüstungsindustrie erwähnt, die sich aufgrund der drohenden zusätzlichen Zuspitzung der imperialistischen Widersprüche durch die ökologischen Entwicklungen hoffnungsfroh wähnt.

### **Über die Stellung der Arbeiterklasse zu den ökologischen Folgen des Kapitalismus**

In seiner Frühschrift über „Die Lage der arbeitenden Klasse in England“ aus dem Jahr 1845 hat Friedrich Engels die Folgen der kapitalistischen Entwicklung für die Arbeiterklasse dokumentiert und angeprangert. Dazu gehörten auch massive Schäden an der Gesundheit der Arbeiterinnen und Arbeiter durch ihre furchtbaren Lebensumstände, nicht zuletzt aufgrund der Luftverschmutzung in den Städten. Das beengte Zusammenleben begünstigte Infektionskrankheiten, schlechte Nahrungsmittel und Arbeitsbedingungen ein Ansteigen chronischer Krankheiten. Von der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) wurde diese Schrift von Engels als ein „Meisterstück ökologischer Analyse“ bezeichnet.

Heute bedeutet kapitalistische Landwirtschaft nicht nur Artensterben, Zerstörung der Böden und unreines Grundwasser, sondern auch schadstoffreiche, mitunter abgelaufene Billig-Nahrungsmittel für die Arbeiterklasse einerseits und hochwertige, frische Bio-Lebensmittel andererseits für die, die es sich leisten können. Wohnen im Kapita-

lismus bedeutet kleine Mietwohnungen in der Nähe von Hauptstraßen und Fabriken für die Arbeiterklasse und Neubau im Grünen bei guter Anbindung ans Stadtzentrum für Betuchte. Insbesondere in den großen Städten stört die kapitalistische Entwicklung auch die Beziehung der Arbeiterinnen und Arbeiter zur Natur, welche ihnen mitunter regelrecht fremd werden kann. Die Kindergärten der Arbeiterklasse sind keine Gärten, sondern Betonklötze neben stark befahrenen Straßen, bestenfalls mit kleinem Innenhof, während besser Situierte ihren Nachwuchs in private Wald-Kindergärten am Stadtrand schicken. Das unmittelbare Erleben der Natur und ihres Verhältnisses zum Menschen sowie die Entfaltung des menschlichen Sinns für das Naturschöne erfordern nicht nur ausreichend Zeit, sondern im Kapitalismus auch ausreichend Geld. Die Arbeiterklasse hat in der Regel beides nicht.

Die absehbaren zukünftigen ökologischen Auswirkungen des Kapitalismus sind, wie jede andere gesellschaftlich relevante Fragestellung, eine Klassenfrage. Einige werden es sich leisten können, sich besser vor Hitze, Kälte, Unwetter und Naturkatastrophen zu schützen – andere nicht. Bei Ernteaussfällen durch Wetterextreme werden sich einige weiterhin die nötigen Lebensmittel leisten können – andere nicht. Die stärkeren kapitalistischen Staaten werden es sich leisten, an ihren Grenzen noch höhere Mauern zu errichten, auf deren anderer Seite Klima- und Kriegsflüchtlinge verhungern und ertrinken.

Wer in Bezug auf den gegenwärtigen Klimawandel den moralischen Maßstab anlegt, ein Elektroauto zu fahren, eine PV-Anlage, eine solarthermische Anlage und eine Wärmepumpe in einem gut isolierten Haus zu besitzen und nur regionale Bio-Lebensmittel zu konsumieren, der hat von der Welt nicht viel verstanden. Von der Gesellschaft sowieso nicht, aber auch nicht vom Klimawandel. Denn Ökologie, Klimawandel und Artensterben sind keine individuellen, sondern gesellschaftliche Fragestellungen und Probleme. Sie werden nicht individuell, sondern gesellschaftlich gelöst.

Für all diese Entwicklungen ist der Kapitalismus die Ursache. Die verleumderischen Versuche, dabei Parallelen zu den Entwicklungen in den bisherigen sozialistischen Staaten herzustellen, sind zurückzuweisen. Sie stellen bloß abstrakte Verallgemeinerungen von Einzelfähigkeiten an, anstatt die Dinge im historischen Kontext zu sehen. Die

Orientierung an den gesellschaftlichen Bedürfnissen war in der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Staaten stark von außen beeinträchtigt, denn sie mussten stets mit dem Imperialismus wettrennen, um sich vor seinen Aggressionen und Desorientierungskampagnen zu schützen. Das überkommene Elend aus dem zaristischen Russland war der Hintergrund für die Notwendigkeit, das Land erst einmal mit vollem Tempo zu industrialisieren, ohne dabei im ersten Moment immer Rücksicht auf die ökologischen Folgen nehmen zu können. Imperialismus und Faschismus waren der Grund, weshalb zugleich eine sozialistische Rüstungsindustrie entwickelt werden musste – um die imperialistischen Überfälle nach der Oktoberrevolution zurückzudrängen, den Hitler-Faschismus zu besiegen und dem Imperialismus im sogenannten „Kalten Krieg“ die Stirn zu bieten.

Trotz all dieser Einschränkungen wurden Ökologie und Naturschutz von Beginn an berücksichtigt. Das zweite Dekret der Oktoberrevolution, das Dekret „Über Grund und Boden“, hat mit der Überführung sämtlicher Böden, Gewässer und Bodenschätze des Landes die Grundlage dafür geschaffen. Auch die Dekrete „Über Wälder“ (1918), „Über die Jagdzeiten und Recht auf Jagdbüschel“ (1919), „Über die Jagd“ (1920), „Über Waldbrandvermeidung“ (1920), „Zum Schutz von Naturdenkmälern, Gärten und Parkanlagen“ (1921) hatten gesunde ökologische Verhältnisse zum Gegenstand. Im Jahr 1924 wurde die „Gesamtrussische Naturschutzgesellschaft“ gegründet, die im Arbeiterstaat keinen Treffpunkt aristokratischer und bürgerlicher Liebhaberei darstellte, sondern eine von der Arbeiterklasse getragene Organisation, die Gesetzestexte mitdiskutierte. Im Jahr 1929 wurde das Zwischenbehördliche Staatskomitee für Naturschutz gegründet, das für die nachhaltige Nutzung der Naturgüter durch die Industrie zuständig war. Bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges wurden Gesetze zum Schutz von Seebären, Meerottern, Elchen, Wölfen, Wild- und Fischbeständen sowie zum Schutz des Erdinneren, der Luft und des Wassers erlassen. Die Liste an Maßnahmen zum Schutz der Natur und des humanökologischen Gleichgewichts lässt sich bis zur Konterrevolution fortführen, analog auch für alle anderen sozialistischen Länder.

## **Über den gegenwärtigen Klimawandel als ökologisches Kernproblem**

Unter den vielfältigen ökologischen Folgen des Kapitalismus ist der gegenwärtige Klimawandel als Kernproblem hervorzuheben. Im Verhältnis zu anderen ökologischen Problemen wird er absehbarer Weise in den kommenden Jahrzehnten noch viel tiefgreifendere Verwerfungen der natürlichen Lebensbedingungen der Arbeiterklasse und der Völker mit sich bringen. Er ist somit auch der Ausgangspunkt für die Verschärfung der anderen ökologischen Probleme und wird neue mit sich bringen.

In der Erdgeschichte gab es immer wieder, auch gröbere Veränderungen des Klimas: So etwa der mehrmalige Wechsel zwischen Eiszeiten und Warmzeiten. Sie werden durch plattentektonische Veränderungen in der Erdoberfläche verursacht, durch die Entwicklung von Leben und Veränderungen in der Biosphäre, durch Schwankungen in der Sonnenaktivität, durch natürliche Treibhausgas-effekte. Zudem gibt es laufend kleinere Klimaschwankungen verschiedener natürlicher Ursachen im Wechselspiel zwischen Kausalität und Zufall, zwischen deterministischer Gesetzmäßigkeit und Wahrscheinlichkeitseffekten chaotischer Systeme.

Der gegenwärtige Klimawandel ist jedoch von nie zuvor dagewesener Qualität. Insbesondere das rasche Tempo, in dem er sich vollzieht, ist für die bisherige Erdgeschichte eine Unbekannte. Ein beispielhafter Vergleich besteht darin, dass sich die globalen Temperaturen gegenwärtig etwa vierzigmal schneller erwärmen als nach der letzten Eiszeit.

Die einzige Ursache, die für diese rasanten Klimaveränderungen ernsthaft in Frage kommt, sind die durch den Menschen in die Atmosphäre ausgestoßenen Treibhausgase. Diese Erkenntnis musste sich gegen die vormals dominanten Kapitalinteressen erst durchsetzen, in der Klimawissenschaft herrscht darüber jedoch bereits seit Jahrzehnten Konsens.

Für die drohende Entwicklung können bestimmte Kippunkte ausgemacht werden, deren Erreichen die weitere Entwicklung noch zusätzlich dynamisieren würde bzw. wird. Solche Kippunkte sind etwa das Abschmelzen von Eismeer- en, Eisschildern und Gletschern, die

Entwaldung zu großer Waldflächen, Emissionen aus tauenden Böden oder das Absterben von Korallenriffen.

Einige der Folgen des Klimawandels sind bereits eingetreten und einige sind absehbar – der genaue Verlauf lässt sich aufgrund der Komplexität sowie aufgrund der Abhängigkeit vom menschlichen Handeln jedoch nicht prognostizieren. Dennoch sind Klimatologen imstande, Modelle zu erstellen, aus denen sich verschiedene Szenarien ableiten lassen, die als Orientierung dienen können. Je nachdem, wie sehr sich die globale Erwärmung noch eindämmen lässt, wird der Meeresspiegel mehr oder weniger stark steigen und ganze Küstenregionen und Inseln untergehen lassen. Alle Lebewesen werden sich an veränderte Lebensräume anpassen müssen, neue finden oder untergehen. Die Bedingungen in der Landwirtschaft werden sich zunehmend wandeln. Wetterkatastrophen werden sich häufen und die Lebewesen dieses Planeten vor neue Herausforderungen stellen.

Die gesellschaftlichen Konsequenzen dieser Entwicklungen der natürlichen Umwelt sind vom Gesellschaftssystem abhängig. Im Kapitalismus heißen sie verschärfte Ausbeutung und Armut, verschärfter Imperialismus und Rassismus, Krieg und Vertreibung. Selbstverständlich ist der Klimawandel auch für sozialistische Länder eine Herausforderung. Sie können damit aufgrund des gesellschaftlichen Eigentums jedoch auf eine Weise umgehen, welche die Bedürfnisse der Arbeiterklasse und der Völker im Blick behält und aufgrund zentraler Planung statt der Anarchie der Konkurrenz viel effizienter wirtschaften kann als der Kapitalismus.

### **Über die Parteilichkeit in der Klimawissenschaft**

Mit den zunächst als potentiell erkannten, inzwischen teilweise aktuell gewordenen Veränderungen des Weltklimas ist auch die Wissenschaft der Erforschung seiner Veränderungen entstanden: Die Klimatologie bzw. Klimawissenschaft. Ausgehend von ersten Hypothesenbildungen im 19. Jahrhundert über die Pionierarbeit und ersten Warnungen vor globaler Erwärmung durch den sowjetischen Klimatologen Michail Budyko hat sich die Klimatologie inzwischen zu einer Naturwissenschaft entwickelt, deren gesellschaftliche Bedeutsamkeit durch

den begonnenen Klimawandel offensichtlich geworden ist. Die gesellschaftliche Bedeutsamkeit einer Wissenschaft bringt in einer Klassengesellschaft allerdings auch mit sich, politisch umkämpft zu sein. Lenin hat in diesem Zusammenhang einmal den Ausspruch bemüht: „Würden geometrische Axiome an menschliche Interessen rühren, so würde man sicherlich versuchen, sie zu widerlegen“.

Die Partei der Arbeit ist die Partei der wissenschaftlichen Weltanschauung. Wir verteidigen und fördern die wissenschaftliche Aneignung der Wirklichkeit, ihrer Geschichte und Entwicklungstendenzen. Das impliziert auch, dass wir ideologische und kapitalinteressen geleitete Verfälschungen der Wissenschaften entlarven und kritisieren. Einzig die Orientierung an der klassenlosen Gesellschaft bietet eine stabile Grundlage für wissenschaftliche Objektivität ohne ideologische Verfälschungen. Denn nur die Perspektive der Arbeiterklasse ist imstande, nicht bloß einzelne Teilbereiche der Wirklichkeit zu betrachten, sondern wissenschaftliche Erkenntnisse in ein Verhältnis zum Gesamtzusammenhang der Wirklichkeit zu stellen. Und dazu gehört auch die objektive Entwicklungstendenz der menschlichen Gesellschaft in Richtung Sozialismus-Kommunismus.

Man kann daher mit dem in der DDR veröffentlichten Wörterbuch der marxistisch-leninistischen Philosophie formulieren, dass es in der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus „eine sozialistische und eine kapitalistische“ Wissenschaft gibt, „die sich wesentlich voneinander unterscheiden, weil sie Elemente entgegengesetzter Gesellschaftssysteme sind. Das bezieht sich jedoch nicht auf den objektiven Inhalt der Erkenntnisse, die eine relativ adäquate Widerspiegelung der Eigenschaften, Strukturen und Gesetzmäßigkeiten bestimmter Objektbereiche sind. In diesem Sinne gibt es natürlich keine sozialistische oder kapitalistische Physik, Biologie, Chemie, usw.“

Während gesellschaftswissenschaftliche Forschung und Theoriebildung oftmals sehr direkt und offensichtlich bestimmten Klasseninteressen folgen, ist das im Bereich der Naturwissenschaften oft weniger deutlich und in anderer Weise der Fall. Während die Gesellschaftswissenschaften aus Sicht des Kapitals dazu instrumentalisiert werden sollen, der Arbeiterklasse und dem Volk ideologischen Sand in die

Augen zu streuen, sollen die Naturwissenschaften Ergebnisse liefern, die möglichst gewinnbringend verwertbar sind. Dieser Unterschied basiert darauf, dass der Forschungsgegenstand der Gesellschaftswissenschaften – die menschliche Gesellschaft – gegenwärtig einen Klassencharakter aufweist, während das beim Forschungsgegenstand Natur nicht der Fall ist.

Nichtsdestotrotz geschieht jegliche Naturwissenschaft im gesellschaftlichen Zusammenhang. In jeder Gesellschaft gibt die herrschende Klasse Prioritäten, Zielsetzungen, Anwendungen und Interpretationen der naturwissenschaftlichen Forschung vor. Auch kommunistische Forscherinnen und Forscher im Kapitalismus können den damit verbundenen Zwängen nur sehr beschränkt etwas entgegenhalten. Im Sozialismus-Kommunismus hingegen wird sich die naturwissenschaftliche Forschung an den zeitgemäßen Bedürfnissen der Menschen orientieren. Das bedingt, dass in verschiedenen Phasen bestimmte technische Innovationen und Grundlagenforschungen besonders forciert oder aber nachrangig behandelt werden. Es bedingt auch, dass von vornherein schon die potentiellen Auswirkungen neuer Entwicklungen in die wissenschaftliche Auseinandersetzung miteinbezogen werden.

All das ist auch zur laufenden politischen Einordnung, Bewertung und Interpretation klimatologischer Forschung und ihrer Ergebnisse zu berücksichtigen. Die klimatologische Forschung ist weder an einem willkürlichen Maßstab oberflächlicher Ideologiekritik zu bemessen, noch am naiven Maßstab des Positivismus. Sondern sie ist an ihrem eigenen Maßstab zu bemessen: Am Maßstab objektiver Klimawissenschaft in ihrem spezifischen Verhältnis zum Gesamtzusammenhang der Wissenschaft und der Wirklichkeit.

Das gilt etwa auch für die Beurteilung der Dokumente des sogenannten Weltklimarats, eigentlich Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC). Diese sollen laut Selbstverständnis konzentrierter Ausdruck des klimawissenschaftlichen Status quo sein. Doch ist davon auszugehen, dass in ihm nicht nur unabweisbare Daten und Fakten erhoben und analysiert, sondern auch politische Interessen abgewogen und ausgetragen werden. Es handelt sich dabei – wie der Name schon sagt – um eine zwischenstaatliche Organisation, die hauptsächlich von

der Europäischen Kommission und einzelnen Staaten finanziert wird. Den geldgebenden Regierungen wird beispielsweise auch direkter Einfluss auf Veröffentlichungen des IPCC wie den Zusammenfassungen für politische Entscheidungsträger eingeräumt.

Hinsichtlich der Bemühungen zu ideologischen Verfälschungen der Klimatologie durch Kapitalinteressen sind in der Geschichte bisher zwei grundlegende Etappen zu unterscheiden: Bis um das Jahr 2000 herum waren im weltweiten Kapitalismus jene Kapitalkräfte dominant, welche die Warnungen, die aus den klimatologischen Erkenntnissen abgeleitet wurden, isolieren, ignorieren und beschwichtigen wollten. In den folgenden Jahren ist dieses innerkapitalistische Kräfteverhältnis allerdings gekippt und inzwischen sind weltweit diejenigen Kapitalkräfte dominant, welche ein Interesse daran haben, die Warnungen hochzuhalten, um daraus indirekt qua Lobbying Profit zu schlagen. Die Kapitalisten des grünen Umbaus haben die Überhand gewonnen, der Weg zur grünen Verwaltung des Kapitalismus wurde eingeschlagen.

## **Über die grüne Verwaltung des Kapitalismus**

Für das Kapital sind die Umstellung der Energiegewinnung sowie Implementierung „grüner“ Technologien nichts anderes als die Erschließung neuer Geschäftsfelder, um Profite zu maximieren. Sie dienen dem System als Mittel zur Kapitalentwertung und -vernichtung der nicht grünen Bereiche, um dem Problem der Überakkumulation von Kapital beizukommen.

Die Kosten des Umbaus werden durch die verschärfte Ausbeutung der Arbeiterklasse und der Natur beglichen. Auch hierbei wird die Notwendigkeit eines ausgeglichenen Verhältnisses zwischen Mensch und Natur ignoriert – der Weg zur Umstellung auf eine klimaschonendere Wirtschaft ist oftmals gesäumt von anderen Formen der Umweltzerstörung.

Die Kapitalfraktionen, welche in erneuerbare Energie investiert haben und daher von ihrer Entwicklung und ihrem Ausbau profitieren, haben ihren Interessen in Abkommen wie dem Übereinkommen von

Paris, dem EU Green Deal oder der CO2-Zertifikatebörse Nachdruck verliehen. Damit sichern sie ihre Durchsetzung gegen andere Kapitalfraktionen bei gleichzeitigem Versuch, die Arbeiterklasse und das Volk als aktive Unterstützerinnen ihrer Machenschaften zu mobilisieren.

Auf internationaler Ebene bedeuten diese Abkommen eine Verschärfung der imperialistischen Widersprüche. Denn sie sind eine Waffe für diejenigen Länder, welche über die nötigen Technologien und Kapazitäten zur Umsetzung der grünen Umstellung verfügen, gegen alle Länder, bei denen das nicht der Fall ist.

Die Dominanz von Kapitalkräften der Umstellung auf klimaverträglichere Technologien ist nicht in Stein gemeißelt. Mit zunehmenden ökologischen und sozialen Verwerfungen aufgrund der Auswirkungen des Klimawandels werden verstärkt auch Profiteure der Folgen des Klimawandels auf den Plan treten. Unter dem verblendenden Motto „Mit dem Klimawandel leben lernen“ werden sie lernen, ihre Interessen durchzusetzen, und an Macht und Einfluss gewinnen. Dazu werden nicht zuletzt auch die Ideologien des nationalen und regionalen (zum Beispiel europäischen) Chauvinismus bemüht werden.

Trotz aller Repressionen und Korruptionsbemühungen wird das Kapital jedoch das gleichzeitige Erstarken der revolutionären Bewegungen aller Länder nicht verhindern können. Unweigerlich werden immer größere Teile der Arbeiterklasse und des Volkes verstehen lernen, dass nur ein radikaler Bruch mit dem kapitalistischen System eine Lösung der Probleme im Verhältnis zwischen Mensch und Natur ermöglichen kann.

## **Über die Klimabewegung**

Die Arbeiterklasse und die Völker dieses Planeten sind von berechtigten Sorgen um das Klima, um ihre natürliche Umwelt, ihre Lebensgrundlagen und ihre zukünftigen Generationen erfüllt. Diese Sorgen verbinden sich mit der Perspektiv- und Orientierungslosigkeit, die durch die Konterrevolution der meisten bisherigen sozialistischen Staaten ausgelöst wurde und noch nicht überwunden ist.

Vor diesem Hintergrund haben es bisher vor allem kleinbürgerliche Kräfte geschafft, Massen zu mobilisieren, um auf den Klimawandel aufmerksam zu machen. Auch sie mögen von ehrlichen Sorgen bewegt sein, doch entsprechend ihrer Klasseninteressen treten sie nicht für den Sozialismus, sondern für einen Kapitalismus mit grünerem Antlitz ein.

Ihre politische Schlagrichtung ist somit deckungsgleich mit der Kapitalfraktion der grünen Verwaltung des Kapitalismus. Wenn man die bisherige Klimabewegung nicht hinsichtlich vorgegeblicher moralischer Absichten analysiert, sondern klassenmäßig hinsichtlich ihrer tatsächlichen politischen Wirkung, dann kann man auch sagen: Kleinbürgerliche Kräfte organisieren lautstarkes Lobbying für bestimmte Fraktionen des Großkapitals und versuchen zu diesem Zweck, möglichst große Teile der Arbeiterklasse und des Volkes einzulullen. Dazu wird der Klassencharakter der kapitalistischen Gesellschaft durch Berufung auf allgemeine Menschheitsinteressen verwischt oder als irrelevant dargestellt. Diese Sichtweise ist abstrakt. Sie bleibt im Allgemeinen stehen und abstrahiert vom Besonderen, das allerdings wesentlich zur Wirklichkeit dazugehört und entlang historischer Gesellschaftsformationen bestimmt werden muss. Wer die Wirklichkeit konkret betrachtet, dem sticht unweigerlich auch der antagonistische Widerspruch zwischen den beiden Hauptklassen der kapitalistischen Gesellschaft ins Auge. Und zwar sowohl was die Frage betrifft, wer die Verantwortung für den Klimawandel trägt, als auch die Fragen, wer am meisten unter seinen Folgen leiden wird und wer wirklich effektiv gegen ihn vorgehen kann. Es liegt auf der Hand, dass das abstrakte Gerede von allgemeinen Menschheitsinteressen eigentlich dazu dient, den Klassencharakter der kapitalistischen Gesellschaft zu verschleiern, um die bestehende Ordnung zu verteidigen. Vom Standpunkt der Arbeiterklasse ist diese Art von Klimabewegung daher opportunistisch und irreführend.

Neben den vorherrschenden Tendenzen des Opportunismus und der direkten Unterstützung des Kapitalismus gibt es in der Klimabewegung auch gewisse Formen von Sektierertum. Hier wird unter Verweis auf den Klimawandel behauptet, es gäbe so etwas wie „Grenzen des Wachstums“ oder man müsse wieder stärker „zurück zur Natur“.

Daraus spricht das reaktionäre Kleinbürgertum, das dem monopolistischen Kapitalismus eine frühere, längst überwundene Phase des Kapitalismus zu entgegnen versucht. Durch Mobilisierung romantischer Phantasien werden so gewisse Illusionen geschürt. Dennoch ist sein tägliches Scheitern vorprogrammiert und spitzt sich mitunter zu verzweifelten Aufschreien gegen imaginierte Weltuntergangsszenarien zu. Die Welt des Kleinbürgertums ist tatsächlich existentiell bedroht, denn sie wird zwischen Großkapital und Arbeiterklasse aufgerieben. Doch wie große Probleme der Kapitalismus der Menschheit auch aufbürden mag, einschließlich der bisherigen und zukünftigen ökologischen Verwerfungen – die Menschheit und die Arbeiterklasse werden weiterbestehen und weitergehen.

In welcher Weise sich die kommunistische Partei und die Arbeiterklasse zu kleinbürgerlich geführten Massenbewegungen konkret verhalten, kann im Einzelfall von taktischen Erwägungen beeinflusst sein. Diese dürfen aber niemals von der allgemeinen Strategie und den grundlegenden Aufgaben der Klasse und der Partei zur Stärkung der eigenständigen Klassenpositionen der Arbeiterklasse abweichen. Letztlich wird die international wiedererstarkte und zu vertieftem Klassenbewusstsein gelangte Arbeiterklasse zum Kern und Garant für eine wirklich nachhaltige, also revolutionär denkende und agierende Klimabewegung werden.

### **Über die Aufgaben der Partei**

Die objektiven Entwicklungstendenzen, die der menschlichen Geschichte und der kapitalistischen Gesellschaft innewohnen, weisen der Arbeiterklasse die Verantwortung zu, durch konsequenten Kampf für die eigenen Klasseninteressen den Kapitalismus revolutionär zu überwinden. Die Einsicht in diese Notwendigkeit haben aber nicht alle Teile der Arbeiterklasse gleichzeitig, sondern manche früher als andere. Diejenigen, die sie bereits haben und entsprechend tätig sein wollen, schließen sich zu Organisationen zusammen. Vor allem auch zu einer Partei, die die Interessen der Arbeiterklasse mit größtmöglicher Klarheit und Konsequenz vertritt: Das ist die kommunistische Partei Leninschen Typs, die die Partei der Arbeit sein und werden möchte.

Der Partei der Arbeit kommt daher auch in Zusammenhang mit dem Klimawandel und allen Störungen des humanökologischen Gleichgewichts nichts anderes als die Aufgabe zu, die eigenständigen Klasseninteressen der Arbeiterklasse herauszuarbeiten, zu schärfen und zu propagieren sowie die entsprechenden organisatorischen Maßnahmen zu treffen, um zunehmend größere und schlagkräftigere Teile der Arbeiterklasse und des Volkes unter dem roten Banner zu versammeln.

Das bedeutet, die realen Bedrohungen der heutigen und künftigen Lebensbedingungen der Arbeiterklasse und der Völker durch den Kapitalismus sowie die daraus folgenden Sorgen seitens der Arbeiterklasse und der Völker aufzuzeigen und den Kapitalismus entsprechend in die Verantwortung zu ziehen.

Das bedeutet, sich nicht von Kräften des grünen Umbaus des Kapitalismus einlullen zu lassen, sondern die widersprüchlichen Interessen verschiedener Kapitalfraktionen ebenso aufzuzeigen wie deren unumstößliche Gemeinsamkeit, ihre Konflikte auf dem Rücken der Arbeiterklasse und der Völker auszutragen.

Das bedeutet, opportunistische Kräfte zu entlarven und zu isolieren, die unter dem Banner des Kampfes gegen den Klimawandel den Klassencharakter der kapitalistischen Gesellschaft verschleiern, die Einsicht in die Notwendigkeit der sozialistischen Revolution trüben und dadurch einer wirklichen Lösung der Probleme im Verhältnis zwischen Mensch und Natur im Wege stehen.

Das bedeutet, aus den allgemeinen Bestimmungen der sozialistischen Gesellschaft (zentrale Wirtschaftsplanung bei kollektivem Eigentum) und den momentanen Gegebenheiten eine Skizze der Aufbauphase des Sozialismus in Österreich abzuleiten und so das kommunistische politische Programm zu konkretisieren. Nicht zuletzt eben auch hinsichtlich seiner Bedeutung für das Verhältnis zwischen Mensch und Natur im Allgemeinen sowie für mögliche Antworten auf den Klimawandel und seine Folgen im Besonderen.

Im Sozialismus-Kommunismus werden erstmalig die gesellschaftlichen Verhältnisse kollektiv und bewusst nach den zeitgemäßen Bedürfnissen der Menschen gestaltet. Das impliziert auch das Verhältnis zwischen Mensch und Natur. In sozialistischen Ländern ist, so der

österreichische Kommunist Walter Hollitscher, „die bewusste Formung der menschlichen Umwelt [...] aufgrund des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln möglich. Realisierbar ist die geplante Entwicklung von Städten, Dörfern, Erholungszentren, des Transportwesens, industrieller und landwirtschaftlicher Regionen in einer den Menschen wie den geographischen Bedingungen optimal angepassten Form. Die universelle Wirtschaftsplanung, zu der allein eine ausbeuterfreie Gesellschaft fähig ist, stellt die Grundlage der Planung des gesellschaftlichen Gesamtlebens dar, einschließlich der Umweltgestaltung.“ (Für und wider die Menschlichkeit, 252)

Um abschließend mit dem jungen Karl Marx zu sprechen, ist der Kommunismus die „wahrhafte Auflösung des Widerstreites zwischen dem Menschen mit der Natur und mit dem Menschen“.

# Heiligenverehrung in der Welt von Juristinnen und Juristen

*Gerhard Oberkofler*

*Marginalien zu Thomas Olechowski: Hans Kelsen. Biographie eines Rechtswissenschaftlers. Unter Mitarbeit von Jürgen Busch, Tamara Ehs, Miriam Gassner und Stefan Wedrac. Verlag Mohr Siebeck, Tübingen 2020, XXIII, 1027 S., ISBN 978-3-16-159293-5*

Der aus der Bretagne stammende Ivo (Yves) Hélorý (1253-1303) de Kermartin hat sich nach dem Studium des römischen und kanonischen Rechts, der Philosophie und der Theologie als römisch-katholischer Priester für arme und unterdrückte Menschen vor Gericht eingesetzt. Er konnte als „advocatus, sed non latro“ für Juristen Vorbildwirkung haben und wurde deshalb von der römisch-katholischen Kirche durch Papst Clemens VI. am 26. Juni 1347 „heilig“ gesprochen<sup>1</sup>. Von der Bretagne und Frankreich aus breitete sich die Verehrung des Hl. Ivo an vielen europäischen Juristenfakultäten bis nach Wien aus. In Frankreich, Belgien, Italien und Brasilien bestehen Standesorganisationen für den Rechtsschutz der Armen und tragen seinen Namen. In Wien wurden an der alten Juristenschule (1385) zu seinen Ehren zwei, beim einem Stadtbrand 1627 zerstörte Ivokapellen eingerichtet (I. Bezirk Schulerstraße Nr. 14), die eine für kanonische, die andere für legale Juristen. Der Hl. Ivo wurde von der Juristenfakultät der 1622 gegründeten Benediktineruniversität Salzburg (bis 1810) ebenso verehrt wie von jener an der 1669 gegründeten Universität Innsbruck. Dort fand die erste Ivo-Messe am 19. Mai 1676 statt und wurde 1784 im Zuge der durch die europäische Aufklärung bedingten Reformen unter Joseph II. (1741-1790) eingestellt. Die Juristenfakultät der 1585 gegründeten Universität Graz ist erst 1778, also in der Zeit der Auf-

klärung, gegründet worden und hat auf einen Schutzpatron verzichtet. So wie aber die Aufklärung Geschichte geworden ist, kehrte die Idolatrie zurück und ist Gegenwart. Als in Innsbruck mit Rechtswirksamkeit vom 1. Jänner 1993 die frühere Johanneskirche am Innrain zur „Neuen Universitätskirche“ erhoben wurde, lag es wegen einer dort lebensgroßen, vom Bildhauer Stefan Föger (1702-1750) um 1730 geschaffenen Statue des Hl. Ivo für katholische Juristenprofessoren nahe, nach 210-jähriger Unterbrechung die Tradition der Hl. Ivo-Messe wieder aufzunehmen. Am 19. Mai 1994 fand die erste Hl. Ivo-Messe in der „Neuen Universitätskirche“ von Innsbruck statt.<sup>2</sup>

Der Hl. Ivo, der kein Karrierist war, hat mit Hans Kelsen (11. Oktober 1881, Prag - 19. April 1973, Orinda bei Berkeley) Konkurrenz erhalten. Österreichs Bundesregierung hat für Hans Kelsen noch zu dessen Lebzeit am 14. September 1971 mit dem „Hans Kelsen-Institut“ eine eigene Kultstätte in Wien Döbling (Gymnasiumstraße 79) eingerichtet. Dort sind Handschriften von Kelsen aus dessen Nachlass aufbewahrt. Eine umfassende Bibliothek mit den Werken von Kelsen und aus seiner wissenschaftlichen Welt soll das „geistige Vermächtnis“ von Kelsen pflegen und fortführen. Für das Kelsen-Institut ist ein Kuratorium als „Glaubenskongregation“ verantwortlich, zu deren Mitglied nur Personen bestellt werden, die eine „Professio fidei“ zur „Schule der Reinen Rechtslehre“ abgelegt haben.<sup>3</sup> Wer diese abnimmt und wie diese formuliert ist, bleibt Außenstehenden offen. Präsident des Kelsen-Instituts und Vorsitzender des Kuratoriums ist der jeweilige österreichische Bundeskanzler. Seit Gründung des Kelsen-Instituts war bis zu seinem Tode der Wiener Professor für Staats- und Verwaltungsrecht Robert Walter (1931-2010) Geschäftsführer. Walters Nachfolger ist der Wiener Professor für Österreichische und Europäische Rechtsgeschichte Thomas Olechowski (\*1973), der diese seit vielen Jahren vorbereitete Biographie von Hans Kelsen verfasst hat.

Seit einigen Jahren haben auch deutsche Juristen im wieder Aggressionskriege führenden Deutschland seine Nutzbarmachung entdeckt und stellen ihre Vorlesungen und Publikationen über Freiheit, Demokratie und Zivilcourage unter seinen Baldachin. In Innsbruck wurde 2020 von einem deutschen Zeithistoriker ein deutscher Rechtsprofessor eingeladen, mit dem Werterelativisten Kelsen die erste Innsbrucker

Gedächtnisvorlesung an den deutschen Medizinstudenten Christoph Probst (1919-1943) zu halten. Probst hat sich als Angehöriger einer Studentenkompagnie der auf den „Führer des Deutschen Reiches und Volkes“ Adolf Hitler (1889-1945) vereidigten Deutschen Wehrmacht nicht an die militärische Disziplin gehalten, ist seinem humanistischen Gewissen gefolgt und wurde wegen seines tapferen Widerstandes in München hingerichtet (22. Februar 1943).<sup>4</sup> Es ist Kelsen, der den US-Offizieren am Naval War College vor ihren Einsätzen für die illegalen US-Kriege gelehrt hat, „Befehlsempfänger hätten im Interesse der militärischen Disziplin nicht das Recht, selbständig zu entscheiden, ob sie diesen Befehl befolgen oder zurückweisen“ (Olechowski, S. 839). Über die illegalen Kriege des US-Imperialismus hat zuletzt der Schweizer Daniele Ganser (\*1972) gearbeitet und seinem Buch das Gewaltverbot der UNO-Charta (1945) mit dem Artikel (Kapitel 1, 2, Absatz 4) vorangestellt: „Alle Mitglieder unterlassen in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt“.<sup>5</sup>

### **Über die Ausprägung der personalen Realität von Hans Kelsen**

Olechowski bringt viele, mit Geduld und großem Aufwand recherchierte Details über Herkunft, Kindheit und Jugend von Hans Kelsen. Seine ersten Karriereambitionen waren verknüpft mit dem Austritt des 24-jährigen Kelsen aus der Israelitischen Kultusgemeinde (25. Mai 1905) und mit seiner für erwachsene Juden mit der Formel „Horresce Iudaicam Perfidiam“ verknüpfte römisch-katholische Taufe in der Dominikanerkirche im I. Wiener Bezirk durch einen Jesuiten (10. Juni 1905). Das kann heißen, dass Kelsen nicht zum Christentum, sondern zum Jesuitentum konvertiert ist, weil, wie das Antonio Gramsci (1891-1937) gesehen hat, das Jesuitentum zu dieser Zeit „mit seinem Kult des Papstes und der Organisierung eines absoluten geistigen Reiches die jüngste Phase des katholischen Christentums“ war.<sup>6</sup> Kelsens Übertritt zur evangelischen Kirche erfolgte sieben Jahre später (20. Mai 1912). Olechowski „versteht“ den Wechsel der Glaubensbekenntnisse von Kelsen, zuerst sei dieser zur Absicherung der angestrebten

Laufbahn an der Wiener Universität notwendig gewesen, dann für die Herstellung eines Einvernehmens mit der jüdischen Verwandtschaft seiner Frau Grete aus der Familie Bondi (Eheschließung am 25. Mai 1912). Kelsens römisch-katholische Taufe zu „verstehen“ setzt voraus, dass die Erwachsenentaufe nur als kultisch rituelle Waschung wahrgenommen wird, obschon diese vor allem der grundlegende Eid ist, sich in die katholische Kirche einzugliedern. Kelsens Übertritt zur evangelischen Kirche gibt der aus dem ungarischen Judentum kommende Wiener Mathematiker und Energiewissenschaftler Wilhelm Frank (1916-1999) eine rational nachvollziehbare Erklärung (Brief an Gerhard Oberkofler vom 19. September 1988): „Ich möchte nur folgendes bemerken: es fällt mir auf, dass in Ihrem Buch nirgends (vielleicht aber habe ich nicht genau genug hineingeschaut?) bemerkt wird, dass Kelsen Freimaurer war. Er gehörte vermutlich der gleichen Loge an wie der Dramaturg des deutschen Volkstheaters in Wien, Heinrich Glücksmann [(1863-1943)]. Die weitere Konversion von Kelsen vom Katholiken zum Protestanten dürfte wohl mit seiner Mitgliedschaft bei den Freimaurern zu tun haben. Ich bin weit von Verschwörertheorien über das Freimaurerwesen entfernt, ich halte sie nur für eine ebensolche Clique wie den C[artell]V[erband], die Burschenschaften und heute den B[und]S[ozialistischer]A[kademiker]. Vielleicht ist für die >allgemeine Kelsenforschung< die Entwicklung der persönlichen Karriere diese Bindung von Bedeutung. Gewiss nicht so sehr für die militärische Produktion“.<sup>7</sup> Eine Befreiung vom religiösen Glauben bzw. von der religiösen Entfremdung wird in Kelsens Leben nie offenkundig.

Olechowski rekonstruiert Motivation und Laufbahn von Kelsen im Wehrdienst der Habsburgermonarchie, zu dem er sich nach der Reifeprüfung am Akademischen Gymnasium in Wien als Einjährig-Freiwilliger gemeldet hat (27. September 1900). Eingetreten ist er in ein Train-Regiment. Nach Kriegsausbruch wurde der 1902 zum Leutnant der Reserve ernannte Kelsen am 1. August 1914 aktiviert und trat bei der k. u. k. Traindivision Nr. 14 in Innsbruck seinen Dienst an. Den Fronteinsatz konnte er geschickt umschiffen. Der Tiroler Historiker Franz Huter (1899-1997), der als 17-Jähriger an der Dolomitenfront gekämpft hat, hat für Juden wie Kelsen den Terminus „Train-Jude“ verwendet.<sup>8</sup> Was für ein Unterschied zu den vielen, von den Nazis ver-

triebenen, wegen Tapferkeit vielfach ausgezeichneten jüdischen Frontkämpfern aus Wien wie die beiden Spitzenwissenschaftler Fritz Feigl (1891-1971) oder Hermann Franz Mark (1895-1992)!<sup>9</sup> Der selbstbezogene und selbstsichere Kelsen, am 1. August 1915 zum „Oberleutnant-Auditor“ ernannt, gelangte nach Train-Umwegen am 3. Oktober 1917 in das Büro des k. u. k. Kriegsministers. Das ist für Olechowski der entscheidende Karriere-Schritt von Kelsen: „Kelsen kam auf diese Weise in direkten Kontakt mit der Schaltstellen der Macht und wusste diese Position für sich auch derart zu nutzen, dass seine akademische Karriere wieder neuen Schwung erhielt und er letztlich zum Professor an der Universität Wien ernannt wurde“ (Olechowski, S. 195). An eine Beratung durch den am 27. Oktober 1918 ernannten letzten Ministerpräsident der Österreichische-Ungarischen Monarchie Heinrich Lammasch (1853-1920), für dessen Denken als Völkerrechtler und Menschenfreund die Republik Österreich bis zur Gegenwart keine Verwendung findet, hat das Spitzenmilitär im Kriegsministerium nicht gedacht. Lammasch hatte nur wenige Wochen nach Eröffnung des Massenmordens internationale Erhebungen über die bis dahin nie dagewesene Dimension der Verletzung des Kriegsrechts gefordert, er hat im Herrenhaus am 28. Juni 1917, am 27. Oktober 1917 und am 28. Februar 1918 drei Reden gehalten, die zu einer Friedensinitiative durch Österreich aufgerufen haben und nach einem Programm verlangt, das Frieden ohne Annexionen, Rüstungseinschränkungen, Gleichberechtigung der Nationen und friedliche Schlichtung künftiger internationaler Streitigkeiten sichern sollte. Lammasch sprach sich gegen den kriegstreibenden „Geist von Potsdam“ aus. Nicht der sich in dieser Wendezeit alle Optionen mit Ausnahme einer Parteinahme für den Kommunismus offenlassende Hans Kelsen, sondern Karl Kraus (1874-1936) ist für Lammasch öffentlich eingetreten: „So niedrig die Zeit, in der er lebt – er lebe hoch!“<sup>10</sup> Lammasch hat sich als Ministerpräsident für die friedliche Auflösung der Monarchie eingesetzt, was ihm aufgrund des ihm von den Völkern entgegengebrachten Vertrauens weitgehend gelungen ist. Kelsen ist Lammasch in dieser Wendezeit persönlich begegnet, randständig und ohne jede Solidarität für dessen Friedensaktivitäten (Olechowski, S. 219-226).

Hermann Klenner (\*1926), von Olechowskis mit *damnatio memoriae* geehrt, hat 1972 in seiner Studie über die „Rechtslehre“ gemeint, dass

sich der mit 1. November 1917 zum Hauptmann-Auditor ernannte Hans Kelsen „als letzter Berater des letzten Kriegsministers des letzten Kaisers von Österreich sein Militärverdienstkreuz wohl verdient“ hat.<sup>11</sup> Im selben Jahr hat Klenner mit dem Wiener Widerstandskämpfer und Juristen der Arbeiterklasse Eduard Rabofsky (1911-1994)<sup>12</sup> über das Wirken von Kelsen in marxistischer Sicht eine Studie verfasst.<sup>13</sup> Gerhard Oberkofler (\*1941) hat nach mehreren gemeinsamen Arbeiten mit Rabofsky 1985 begonnen, die bis dahin nicht benützten Archivmaterialien zu Kelsen im damals noch in der Stiftkaserne (7. Bezirk) untergebrachten Kriegsarchiv anzuschauen, zu sammeln und zu analysieren. Robert Walter wurde über die Recherchen zu Kelsens bis dahin ziemlich im Dunklen liegende Tätigkeit im Kriegsministerium von Anfang an informiert und hat sich an den Ergebnissen außerordentlich interessiert gezeigt. Ich erinnere mich an meinen auf Wunsch von Rabofsky erfolgten Besuch im „Kelsen-Institut“ und an die sehr freundliche Aufnahme durch Walter, der ihm am 24. September 1987 noch schreibt: „Mit Interesse habe ich Ihre Mitteilung über Ihre Forschungen betreffend die Tätigkeit Hans Kelsens im Kriegsministerium zur Kenntnis genommen. Das Ergebnis Ihrer Forschungen interessiert mich sehr, sodass ich bitte, Ihre Arbeit an das Institut zu übersenden. Über die Möglichkeit einer Publikation in der Schriftenreihe werde ich Ihnen nach Befassung unserer Organe sofort Mitteilung machen“. Rabofsky und Oberkofler haben ihren druckfertigen Entwurf Walter übermittelt, worauf dieser am 6. Juli 1988 Oberkofler antwortet: „Das Kuratorium des Hans Kelsen-Instituts hat in seiner Sitzung vom 28. Juni d. J. beschlossen, Ihre gemeinsam mit Herrn Dr. Rabofsky verfasste Arbeit >Hans Kelsen im Kriegseinsatz der k. u. k. Wehrmacht. Eine kritische Würdigung seiner militärtheoretischen Angebote< nicht in die Schriftenreihe des Hans Kelsen-Instituts aufzunehmen“.

Es ist anzunehmen, dass Walter von der Tätigkeit Kelsens im Kriegsministerium ebenso überrascht war wie die Autoren selbst. Auch Christian Broda (1916-1987) hat die Kopien der Militärakten von Kelsen in der Wohnung seines Freundes aus dem Widerstand Rabofsky gesehen und war über seinen „Taufpaten“ Kelsen sehr irritiert. Die Familie Broda gehörte zum Netzwerk von Kelsen. Der Chemiker

Engelbert Broda (1910-1983) ist in der Kommunistischen Partei Österreichs geblieben, was viele Jahre eine erhebliche Differenz zu seinem Bruder Christian, der 1945 aus dieser ausgetreten ist, nach sich gezogen hat.<sup>14</sup>

Der Wiener Rechtshistoriker Wilhelm Brauner (\*1943), der 1984 „Studien zur Geschichte der österreichischen Rechtswissenschaft“ von Oberkofler herausgegeben hat,<sup>15</sup> öffnete gerne und ohne irgendwelche redaktionelle Auflagen seine Rechtshistorische Reihe der Arbeit von Oberkofler / Rabofsky mit dem Titel „Hans Kelsen im Kriegseinsatz der k. u. k. Wehrmacht“.<sup>16</sup> In einem von Olechowski in sein Literaturverzeichnis aufgenommenen Artikel in der Wiener Zeitung vom 13. Jänner 1989 hat Alfred J. Noll (\*1960) dazu festgestellt: „Heiligenschein um Hans Kelsen? Eine Publikation enthüllt die Rolle des Rechtsgelehrten in den letzten Tagen des ersten Weltkrieges. [...] Jede Wissenschaft hat in ihr Denken miteinzubeziehen, was die an gesellschaftlichen Konsequenzen produziert – tut sie dies nicht, wird sie den Anforderungen ihrer Zeit nicht gerecht“. Ein paar Tage später (10. Februar 1989) berichtet die Wiener Zeitung: „Am 13. Jänner dieses Jahres stand auf dieser Seite ein Artikel zu lesen, der unter dem Titel >Heiligenschein um Hans Kelsen?< ein Buch zweier Rechtsgelehrter – Rabofsky und Oberkofler – vorstellte, das sich kritisch mit der Rolle Hans Kelsens im ersten Weltkrieg beschäftigt. Rezensent Alfred J. Noll hatte das wohlwollend besprochene Buch mit der Frage nach der generellen sozialen Verantwortung von Wissenschaftlern verknüpft. Der Artikel löste eine wahre Flut von Leserbriefen aus, wobei das Institut für Staats- und Verwaltungsrecht der Universität Wien gleich mehrfach als Absender aufschien. Auf dieser Seite bringen wir einige der uns zugegangenen Briefe (in gekürzter Fassung) und eine weitere Stellungnahme Alfred Nolls [„Devoter Hofknicks der Experten“], in der er sich mit den Hauptvorwürfen seiner Kritiker auseinandersetzt“.

Olechowski notiert die Arbeit von Rabofsky und Oberkofler in seiner Biographie mit dem argumentum ad personam: „Die (wie immer) gehässigen und gegen Kelsen gerichteten Kommentierungen der beiden Autoren entbehren erneut jeder sachlichen Grundlage“ (Olechowski, S. 202, Anm. 867). Das ist für Kelsenianer nicht ungewöhnlich.

Als Oberkofler 1990 mit Unterstützung des Prager Rechtshistorikers Karel Litsch (1929–2009) einige archivalische Notizen über Kelsens Aufnahme an der Deutschen Universität Prag publizieren konnte, hat Robert Walter gemeint, das sei „ein weithin geschmackloses Ausbreiten wissenschaftlich irrelevanten Materials“.<sup>17</sup> Rabofsky und Oberkofler haben einige Briefe zu ihrer Kelsen-Publikation erhalten. Der österreichische Literaturwissenschaftler aus Vorarlberg Eugen Thurnher (1920–2007), der in München im Umfeld des studentischen NS-Widerstandes war, hat Oberkofler eine politische Einschätzung gegeben (23. September 1988): „Ich bin durch Ihre Schrift über manche biographische Einzelheiten in Bezug auf Kelsen belehrt worden, wundere mich über sein Verhalten nicht, da ich nie sehr viel von ihm gehalten habe. Vor allem ist für mich die >reine Rechtslehre< ein völlig blutleeres Konstrukt. Reines Recht gibt es nirgends. Recht gibt es immer nur im Zusammenhang mit einer bestimmten historischen Gesellschaftssituation. Sie würden vielleicht sagen als Ausdruck der materiellen Entwicklung der Gesellschaft. Einig sind wir darin, dass das Recht nie in reiner Form existiert, sondern immer von gewissen Voraussetzungen bedingt ist. So halte ich auch unsere Verfassung von 1920, die im Wesen auf Kelsen zurückgeht, für außerordentlich mangelhaft. Zwar wird schon im Eingang ausgesagt, dass Österreich ein Bundesstaat sei, doch die Verfassungswirklichkeit geht an dieser Tatsache völlig vorbei, da der Bundesrat zur gänzlichen Machtlosigkeit verurteilt ist“. Der in Berkeley tätige Richard M. Buxbaum (\*1930) in Berkeley schreibt (Brief an Oberkofler vom 9. Dezember 1988): „Thank you very much for your kindness in sending me the fascinating book by Prof. Rabofsky and yourself on the Kelsen matter. I read it in one sitting and was, as I am sure is a common experience, simply astounded. It is an episode that leads to a good deal of creative uncertainty about the role and context of “large” doctrines, though in its own context I guess I do not put it on the level of [Martin] Heidegger [(1889–1976)] or [Carl] Schmitt [1888–1985)] debates. (I had the privilege of knowing Hans Kelsen reasonably well during the last decade and more of his life, and retain a vivid image of that lively, even feisty, old gentleman!“.

## „Für uns Deutsche“ ist Österreich „ein willkürlicher Fetzen Landes“

Jeder Jurist in Österreich, der nach 1945 etwas für sein Renommee tun wollte, wollte mit Kelsen zu tun gehabt haben. Der Wiener Rechtsanwalt, Korrespondent der Londoner „Daily Herald“ in Wien von 1929 bis 1938, Journalist in London von 1938 bis 1954 und dann Leiter der außenpolitischen Redaktion der „Arbeiter-Zeitung“ Friedrich Scheu (1905-1985) erinnert sich, dass seine Mutter ihm erzählt hat, wie sie mit dem Studenten Hans Kelsen in Gesellschaft getanzt habe. Auf ihre Frage, was er vom Leben erwarte, habe Kelsen ohne Zögern geantwortet: „Ich möchte einmal die österreichische Verfassung schreiben“.<sup>18</sup> Scheu hat als Student Vorlesungen von Kelsen besucht und gemeint, auch die Brillanz habe ihre Gefahren. Er erinnerte sich „der leisen Ironie, mit der der elegante Gelehrte jene Artikel seiner eigenen Verfassung behandelte, die keine Rechtsnorm enthielten, sondern als wohlklingende Deklarationen aufgefasst werden konnten“.<sup>19</sup>

Unmittelbar nach Ende der Habsburgermonarchie konnte Kelsen, der Karl Renner (1870-1950) mehr oder weniger zufällig begegnet ist, endlich „Verfassung“ schreiben: „Österreich ist eine demokratische Republik. Ihr Recht geht vom Volk aus“. Ein Grundrechtskatalog<sup>20</sup> war damit nicht verknüpft und die Frage, wer denn konkret das „Volk“ ist, vornehm beiseitegeschoben. In der von Eigentümern und Nichteigentümern an den Produktionsmitteln gespaltenen Gesellschaft beuten die ökonomisch herrschenden Klassen mit und ohne Verfassung das „Volk“ materiell aus und treiben es mit ihren Lügen in die geistige Verelendung. Olechowski hält es für erwähnenswert, dass im Jahre 1881 so wie Hans Kelsen mehrere bedeutende Persönlichkeiten geboren worden sind. Die Millionen Kriegsoffer des ersten Weltkrieges aus dem Jahrgang 1881 bleiben wie die in Auschwitz und anderen Vernichtungslagern umgekommenen Juden des Jahrganges 1881 oder wie die Millionen verhungerten Kinder, die 1881 gerade auf die Welt gekommen sind, außerhalb der Sichtweite. Um Kelsen zu ehren wird aus dem Jahrgang 1881 auch Pierre Teilhard de Chardin (1881-1955) genannt, doch das Denken dieses französischen Jesuiten hat Kelsen nicht zur Kenntnis genommen. Er hätte in dessen Schriften lesen können, dass die bürgerliche Demokratie „Individualismus und Personalismus, Menge und Totalität verwechselt – durch Zer-

splitterung und Nivellierung der menschlichen Masse“, dass sie droht, „die mit ihr geborenen Hoffnungen auf eine menschliche Zukunft zu gefährden“. <sup>21</sup> Wichtig war Kelsen vielmehr, dass die Bourgeoisie ihr Recht „rein“ erhält und gab der „demokratischen Republik“ den der Klassenherrschaft angepassten ideologischen Staatstalar. Als dessen Schneidermeister konnte Kelsen nach Fertigstellung und Abgabe des Verfassungsentwurfes Anfang Juli 1919 „einige Tage ausspannen; er verbrachte seinen wohlverdienten Urlaub nach diesem ereignisreichen akademischen Jahr 1918/19 mit seiner Familie in Alt-Aussee“ (Olechowski, S. 272). Die Kelsenfamilie führte nach Meinung von Olechowski durchaus ein seinem „Stand“ angemessenes Leben, „was insbesondere bedeutete, dass sie bis zu ihrer Emigration in die Vereinigten Staaten 1940 stets Dienstpersonal hatte“ (Olechowski, S. 376). Das Dienstpersonal Kelsens bleibt namenlos, ob es irgendwelche Rechte hatte, sei dahingestellt.

Die Verfassung für Österreich zu schreiben war Kelsen zu wenig, er wollte ihr eine großdeutsche Geltung verschaffen. Anfang 1926 publizierte Kelsen für die in München herausgegebene „Republikanische Hochschul-Zeitung“ (II. Jg., 1926, Heft 1-2, S. 1 f.) den Artikel „Zur Anschlussfrage“ und qualifizierte dabei das Österreich seiner Verfassung so: „Weder historische noch nationale, noch religiöse, noch kulturelle Gründe sind es, die das heutige Oesterreich rechtfertigen können, das nichts anderes ist als ein willkürlicher Fetzen Landes ...“. Kelsen malte als reiner Rechtslehrer oder als Völkerrechtler oder in welcher Eigenschaft immer, jedenfalls als „Deutscher“ mit dem Anschluss von Österreich an das schon den nächsten Krieg denkende und vorbereitende Deutschland ein glückliches Europa an die Wand. Kelsen ergriff „für uns Deutsche“ das Wort, wobei ihm gerade seine „Deutschen“ das Judentum vorwarfen.

### **„Was ist Gerechtigkeit?“**

Über Köln (1930), Genf (1933) und Prag (1936) ist Kelsen 1940 in den USA angelangt. Olechowski erzählt, wie Kelsen gleich seinen altmodischen Schnurrbart abrasiert habe und seine Ehefrau erstmals gezwungen war, „ohne Hauspersonal auszukommen, dafür aber

nun einen Kühlschrank, einen Geschirrspüler und andere elektrische Haushaltsgeräte zur Verfügung hatte“ (Olechowski, S. 675 f.). Mit Freude, so Olechowski, identifizierte sich Kelsen, seit 1945 Full Professor in Berkeley, mit dem „the American way of life“ (Olechowski, S. 765). Er gab sich schon längst nicht mehr als Rechtsdenker des deutschen Herrenvolkes aus, jetzt inspirierte er als US-Amerikaner mit jüdischer Herkunft das Rechtssystem der „amerikanischen Idee“, die als brutalste Form des Imperialismus über die Welt einherziehen sollte. Olechowski illustriert seinen Text mit vielen privaten Fotos von Hans Kelsen, vom „Kindlein“ (1881/1882) über den Reiter auf einem Pferd des Trains (ca. 1915) und den Schnauzbart freien Ehrendoktor von Berkeley (1952) bis hin zum stilisierten „Rabbi“ mit langem Bart (1971). 1952 beendet Kelsen seine 10-jährige Lehrtätigkeit in Berkeley und ließ sich von der Rockefeller Foundation ein Ehrenjahr in Genf gut bezahlen (Olechowski, S. 829-831). Von Genf aus unternahm er viele Vortragsreisen. In Alpbach, dem Tiroler Pilgerort für „Die Herren Call-Girls“, wie Arthur Koestler (1905-1983) die dorthin eingeladenen Koryphäen nannte,<sup>22</sup> hielt Kelsen am 6. September 1952 einen Vortrag „Was ist Gerechtigkeit?“, welches Thema er seiner Abschiedsvorlesung in Berkeley zugrunde gelegt hat. In Wien, wo Kelsen im „Sacher“ residierte (Olechowski, S. 831), sprach er nochmals zu dieser ihn nach langem Juristenleben offenkundig beschäftigenden und von seinem Klientel angemessen applaudierten rechtsphilosophischen Frage, über die er 1953 eine kleine, wiederholt aufgelegte Monographie publizierte (Verlag Franz Deuticke). 2016 ist in Reclams Universal-Bibliothek (Nr. 19366) mit einem von Klaus Zeleney redigierten Nachwort von Robert Walter der Text wieder publiziert worden.

Im Ergebnis resümiert Kelsen: „... auch die Gerechtigkeit des Friedens ist nur eine relative, keine absolute Gerechtigkeit“ (Olechowski, S. 824, Reclam Text S. 45) und „... ich weiß nicht und kann nicht sagen, was Gerechtigkeit ist, die absolute Gerechtigkeit, dieser schöne Traum der Menschheit. Ich muss mich mit einer relativen Gerechtigkeit begnügen und kann nur sagen, was Gerechtigkeit für mich ist. Da Wissenschaft mein Beruf ist und sohin das Wichtigste in meinem Leben, ist es jene Gerechtigkeit, unter deren Schutz Wissenschaft, und mit Wissenschaft Wahrheit und Aufrichtigkeit gedeihen kann. Es ist die Gerechtigkeit der Freiheit, die Gerechtigkeit des Friedens, die Gerech-

tigkeit der Demokratie, die Gerechtigkeit der Toleranz“ (Olechowski, S. 824; reclam Text, S. 48). Mitten im Kalten Krieg beharrt der Spitzenintellektuelle Kelsen auf seinem Wertrelativismus, der seit seiner Habilitationsschrift (1911) ein Fundament seiner Rechtstheorie war. Kelsen wollte mit den Schriften des vielleicht bedeutendsten Marxisten seiner Zeit Bertolt Brecht (1898-1956) nichts zu tun haben. Der sagte: „Wichtiger, als zu betonen, wie unrichtig es ist, Unrecht zu tun, ist es, zu betonen, wie unrichtig es ist, Unrecht zu dulden“. <sup>23</sup> Weiterführende Anregungen zum Nachdenken hätte Kelsen in der Schweiz allerdings von Friedrich Dürrenmatt (1921-1990) erhalten können, der in seinem Kurs für Zeitgenossen (1952) den Henker auf die Frage über Gerechtigkeit des von ihm unauffällig beiseite zu schaffenden Verurteilten antworten lässt: „Die Gerechtigkeit ist eine Sache von euch da draußen, denke ich. Wer soll auch klug werden daraus. Ihr habt ja immer wieder eine andere“. <sup>24</sup>

Kelsen leitet seinen Gerechtigkeitstext mit einer Passage zum Prozess des römischen Statthalters Pilatus gegen Jesus von Nazareth ein, wobei er den überlieferten Wortwechsel zynisch, arrogant und mit Absicht in die falsche Richtung führend wiedergibt. Jesus habe zu Pilatus gesagt: „Ich bin geboren und in diese Welt gekommen, um Zeugnis zu geben für die Wahrheit“. Pilatus habe gefragt: „Was ist Wahrheit?“. Kelsen: „Der skeptische Römer erwartete offenbar keine Antwort auf diese Frage, und der Heilige gab auch keine. Denn Zeugnis zu geben für die Wahrheit war nicht das Wesentliche seiner Sendung als Messianischer König. Er war geboren, Zeugnis zu geben für die Gerechtigkeit, jene Gerechtigkeit, die er in dem Königreich Gottes verwirklichen wollte. Und für diese Gerechtigkeit ist er auf dem Kreuze gestorben“. „So erhebt sich“, argumentiert Kelsen weiter, „hinter der Frage des Pilatus: Was ist Wahrheit?, aus dem Blute des Gekreuzigten eine andere, eine noch viel gewaltigere Frage, die ewige Frage der Menschheit: Was ist Gerechtigkeit?“ (reclam Text, S. 9). Der österreichische Jurist Theo Mayer-Maly (1931-2007) hat betont, dass Jesus nicht wegen eines Messiasanspruches verurteilt worden ist. Ein solches Verbrechen war für die Römer nicht nachvollziehbar. Das *crimen laesae maiestatis* wurde mit der Verehrung der Kaiserstatuen erst ab dem 2. Jahrhundert n. u. Z. für Christen zur tödlichen Gefahr. <sup>25</sup> Kelsen will im Grunde, dass aus dem Leben des historischen Jesu, das

ein Leben in befreiender Wahrheit für die Unterdrückten war, keine konkreten Folgerungen gezogen werden sollen. Jesus hat mit Pilatus keinen rechtsphilosophischen Disput geführt, er hat eindeutig für die gekreuzigten Völker das Kreuz auf sich genommen, er hat die Entmachteten zum Widerstand ermächtigt und für ihren Kampf um Befreiung ihnen die Vision einer neuen Ordnung der Gleichheit der Menschen gegeben. Befreiungstheologen in Lateinamerika wie Jon Sobrino SJ (\*1938) und seine am 19. März 1989 im Auftrag der USA ermordeten Mitbrüder in El Salvador konnten sich bei ihrer Option für die Armen darauf berufen.<sup>26</sup>

Kelsen ist einer von den vielen Intellektuellen, die in der Tragödie der Welt mit ihren Abermillionen von Opfern von Unterdrückung und Krieg die Wahrheit „rechtswissenschaftlich“ verschleiern. So war es ihm keine Entwertung seines Juristendenkens, sich 1953/1954 in den Dienst des U. S. Naval War College zu stellen. Es wird ihm ein schöner Relaunch seiner militaristischen Ambitionen in der k. u. k. Wehrmacht gewesen sein. Olechowski schreibt über das kleine vom Hans und Grete Kelsen bewohnte Häuschen in Newport, ist aber nicht willens, die zeitgleichen, von Kelsen juristisch begleiteten kriegsverbrecherischen Handlungen der USA gegen die Koreanische Demokratische Volksrepublik auch nur zu erwähnen. Es ist müßig zu überlegen, ob die US-Offiziere im War College über den Einsatz der Atombomben in Hiroshima und Nagasaki am Ende des Weltkrieges mit ihrem Rechtslehrer Kelsen gesprochen haben. Kelsens Relativierung von Nürnberg, deren Urteile das Aggressionsverbot und das Verbot des Angriffskrieges, unabhängig von dem damit verfolgten Zweck beinhalten, ist ebenso menschenverachtend fatal wie die seiner Rechtstheorie geschuldeten Haltung, dass „es keine moralischen Grenzen für den Rechtsinhalt gebe“ (Olechowski, S. 876).

Nirgends lässt sich in diesem Buch eine von den Menschenrechten ausgehende juristische Reflexion von Kelsen zu dem seit 1951 vom skrupellosen US-Imperialismus gehandhabten Instrument der Militärhilfe für die Despoten des Reichtums in Lateinamerika finden, nirgends eine den Frieden einfordernde Wortmeldung von Kelsen zu dem 1965 mit Napalm, Giftgas, Kugelbomben und anderen Massenvernichtungswaffen beginnenden Krieg gegen die friedliche

Bevölkerung von Vietnam. Kelsen ragt unter den vielen Rechtswissenschaftlern heraus, welche die Kulisse für das von Noam Chomsky (\*1928) noch zu Lebzeiten von Kelsen treffend charakterisierte Rechtssystem solcher Schurkenstaaten wie die USA erstellen. Immer noch wollte Kelsen, anknüpfend an seine politischen Streitschriften gegen den Marxismus-Leninismus aus den 1920er Jahren, die Menschen vom Marxismus befreien und dafür nahm er die Millionen Opfer des Imperialismus in Kauf. Kelsen lieferte keine Rechtsschriften, die zum Widerstand gegen die Kriegsstifter und Unterdrücker hilfreich sind, er war Anwalt der „Zivilisation des Reichtums“, die sich in der Schweiz des Kelsen zum Beispiel durch die Rohstoffgeschäfte der Firma Glencore mit ihren von Kindersklaven bearbeiteten Kupfer- und Kobaltminen manifestiert.

Der US-amerikanische Befreiungstheologe Daniel Berrigan SJ (1921-2016) wurde wegen seines Protestes gegen den US-Völkermord in Vietnam und sein Engagement gegen Kriegsrüstung und Krieg, gegen Unterdrückung, Versklavung und Elend von Abermillionen Menschen als kommunistisches Gespenst inhaftiert (1968). Berrigan SJ spricht von der Erfahrung, dass das herrschende Rechtssystem das sittliche Verantwortungsgefühl des anständigen Menschen, welches eine Quelle der gesellschaftlichen Erneuerung sein sollte, unterdrückt. Berrigan SJ hat in seiner Wahrheitsliebe nichts beschönigt und für die Unterdrückten Partei genommen. Er schreibt, dass die führenden amerikanischen Rechtsschulen, jedes Jahr eine große Zahl von Juristen hervorbringen, „die sich beruflich in ein Versteck vor jedem sozialen Wandel, jedem menschlichen Interesse zurückziehen“.<sup>27</sup>

Das Buch von Olechowski stellt Hans Kelsen im Handlungsverlauf seines Lebens strikt personal mit den kleinsten Einzelheiten dar. Nur so bleibt Kelsen ein „großer“ Mann. Von Beginn an als Hagiographie konzipiert verdeutlicht Olechowski, dass die Kelsenianer sich nicht an einer gemeinsamen menschlichen Zukunft orientieren. Kelsen wird von den Pharisäern der westlichen, von Gier und Konsumismus, von Gleichgültigkeit gegenüber den Armen, Migranten, Flüchtlingen und Vertriebenen geprägten Demokratien zurecht auf ihr Podest gehoben. Die Juristenreligion von Kelsen ist ohne menschlichen Horizont, vermittelt Hoffnungslosigkeit anstatt Hoffnung und ist nur für das vom

Hl. Augustinus (354-430) benannte „magnum latrocinium“ nützlich.<sup>28</sup> Das Buch von Olechowski ist deshalb wertvoll, weil es gerade diese Merkmale Juristinnen und Juristen der Gegenwart deutlich machen kann.

## **Endnoten**

- 1 Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon II (1990), Sp. 1393-1394 (Michael Tilly).
- 2 Vgl. Franz Gall: Die Sankt Ivo-Kapelle in Wien. Jb. f. Landeskunde von Niederösterreich 36 (1964), S. 491-508; Heinz Burmeister: Der hl. Ivo und seine Verehrung an den deutschen Rechtsfakultäten. Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte. GA 92 (1975), S. 60-88; Rainer Sprung: Die Verehrung des Hl. Ivo an der Universität Innsbruck. In: Ex aequo et bono. Willibald Plöchl zum 70. Geburtstag. Hg. von Peter Leisching, Franz Pototschnig und Richard Potz. Wagner Innsbruck 1977, S. 129-173; frl. Mitteilung Universitätspfarrer i. R. Bernhard Hippler; Leopold Kretzenbacher: St. Ivo, der bretonische Armenanwalt und Juristenpatron. Zeitschrift des Historischen Vereines für Steiermark 86 (1995), S. 187-208; Herbert Schempf: Der Hl. Ivo und seine Verehrung an der alten Universität Salzburg. Gesellschaft für Salzburger Landeskunde. Mitteilungen 154/155 (2014/2015), S. 301-317.
- 3 <https://www.univie.ac.at/staatsrecht-kelsen/organe.php> [4. August 2020].
- 4 <https://www.uibk.ac.at/events/2020/03/04/christoph-probst-lecture-2020-hans-kelsen> [4. August 2020]; dazu Gerhard Oberkofler: Verstörende Verfremdung. Heuchlerische Denkmalszenierung an der Inns-brucker Universität.
- 5 Daniele Ganser: Illegale Kriege. Wie die NATO-Länder die UNO sabotieren. Eine Chronik von Kuba bis Syrien. orell füssli Verlag 5. A. 2017.
- 6 Antonio Gramsci: Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe. Band 9. Argument Hamburg 1999, S. 2147.
- 7 Gerhard Oberkofler: Wilhelm Frank zum Gedenken. Stationen eines Lebens für sozialen und technischen Fort-schritt. Alfred Klahr Gesellschaft. Mitteilungen 2001, Nr. 1 (März) 2000: [http://www.klahrgesellschaft.at/Mitteilungen/Oberkofler\\_1\\_2\\_00.html](http://www.klahrgesellschaft.at/Mitteilungen/Oberkofler_1_2_00.html) [4. August 2020].
- 8 Gerhard Oberkofler: Franz Huter. Soldat und Historiker Tirols. StudienVerlag Innsbruck 1999. Mündl. Bemerkung von Huter an Oberkofler während der Arbeiten zu Hans Kelsen!

- 9 Vgl. Gerhard Oberkofler / Peter Goller: Fritz Feigl (1891-1971). Notizen und Dokumente zu einer wissenschaftlichen Biographie. Hg. von der Zentralbibliothek für Physik. Wien 1994.
- 10 Vgl. Oberkofler und Rabofsky: Heinrich Lammasch (1853-1920). Notizen zur akademischen Laufbahn des großen österreichischen Völker- und Strafrechtsgelehrten. Innsbruck 1993. Dazu Alfred J. Noll in der Wiener Zeitung: „Für Frieden und Völkerrecht“ (13. August 1993); Gerhard Oberkofler: Die weißgewaschenen und die vergessenen Juristen. Hans Kelsen genießt unter Rechtsgelehrten heute noch höchste Anerkennung, während Heinrich Lammasch ignoriert wird. Die Presse vom 3. August 2017.
- 11 Hermann Klenner: Rechtsleere. Verurteilung der Reinen Rechtslehre. Akademie-Verlag Berlin 1972 (= Zur Kritik der bürgerlichen Ideologie. 17. Hg. von Manfred Buhr), S. 59.
- 12 Gerhard Oberkofler: Eduard Rabofsky. Jurist der Arbeiterklasse. Eine politische Biographie. StudienVerlag Innsbruck 1997.
- 13 Hermann Klenner / Eduard Rabofsky: Das Wirken von H. Kelsen in marxistischer Sicht. Weg und Ziel 29 (1972), S. 329-332.
- 14 Vgl. Paul Broda, Gitta Deutsch, Peter Markl, Thomas Schönfeld und Helmuth Springer-Lederer: Wissenschaft. Verantwortung. Frieden. Deuticke, Wien 1985; Gerhard Oberkofler / Peter Goller: Engelbert Broda. Konturen aus seinem Leben (mit Dokumentenanhang und Faksimiles). Hg. von der Zentralbibliothek für Physik in Wien. Wien 1993.
- 15 Rechtshistorische Reihe Band 33, Verlag Peter Lang Frankfurt a. M. 1984.
- 16 Rechtshistorische Reihe 58. Frankfurt a. M. / Bern / New York / Paris.
- 17 Gerhard Oberkofler: Archivalische Notizen zum theoretischen Umfeld des österreichischen Verfassungsrechts an der Universität Wien um 1930. In: Nikolaus Dimmel und Alfred J. Noll, Verfassung. Juristisch-politische und sozialwissenschaftliche Beiträge anlässlich des 70-Jahr-Jubiläums des Bundes-Verfassungsgesetzes (Juristische Schriftenreihe Band 22). Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei Wien 1990, S. 79-89; Robert

Walter, in: ÖJZ 113 (1991), 675.

18 Friedrich Scheu: Der Weg ins Ungewisse. Österreichs Schicksalskurve 1929-1938. Wien / München / Zürich 1972, S. 109.

19 Scheu, S. 109.

20 Peter Goller / Gerhard Oberkofler: Österreichische Grundrechtsreform (= Rechts- und Sozialwissenschaftliche Reihe. Hg. von Wilhelm Brauner 30). Peter Lang Verlag Frankfurt a. M. 2003; Peter Goller / Gerhard Oberkofler: Grundrechtskatalog für Österreich. Historisch-politische Anmerkungen zur österreichischen Grundrechtsreform (1962-1965). Peter Lang Verlag Frankfurt a. M. 2004.

21 Zitiert nach Pierre Teilhard de Chardin: Das Tor in die Zukunft. Ausgewählte Texte zu Fragen der Zeit. dtv München 1987, S. 89.

22 Bern / München 1973.

23 Werke. Große kommentierte Ausgabe. Band 18 (1995). Berlin / Weimar / Frankfurt a. M. 1995, S. 144.

24 Das Dürrenmatt Lesebuch. Hg. von Daniel Keel. Mit einem Nachwort von Heinz Ludwig Arnold. Diogenes Zürich 1991, S. 300-320, hier S. 307.

25 Theo Mayer-Maly: Rechtsgeschichtliche Bibelkunde. Böhlau Verlag Wien / Köln / Weimar 2003, S. 59 f.

26 Vgl. Jon Sobrino: Christologie der Befreiung. Grünewald-Verlag 2.A. 2008.

27 Daniel Berrigan: Wir streuen dem Mars keinen Weihrauch. Union Verlag Berlin 1970; Gerhard Oberkofler: Friedensbewegung und Befreiungstheologie. Marxistische Fragmente zum Gedenken an den Friedenskämpfer Daniel Berrigan SJ (1921-2016). trafo Verlag Berlin 2016.

28 Vgl. Augustinus. Der Gottesstaat. De civitate die (= Christliche Meister Band 16). Systematischer Durchblick in Texten hg. und eingeleitet von Hans Urs von Balthasar. Johannes Verlag Einsiedeln 5. A. 2012, S. 116.